

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragen in der Volk-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6499.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Kreis- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Geneprediger: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. Januar 1891.

Expedition: Bentz-Strasse 3.

Das Bildungsmonopol.

Die Thatsache der Klassenherrschaft kommt deutlich genug zum Ausdruck in dem Bildungsmonopol der Besitzenden. Diese haben das Monopol auf den wissenschaftlichen Unterricht, ihnen steht die Laufbahn, welche durch die höheren Unterrichtsanstalten zur Hochschule führt, offen. Eine andere Frage, die uns hier freilich nicht beschäftigt, ist es, wie dieses Monopol ausgenutzt wird.

Uns kommt es darauf an, einmal mit Hilfe amtlicher Gewährsmänner zu zeigen, daß die Behauptung bürgerlicher Sophisten, dem „trebsamen“ Proletarier, dem Sohn kleiner Leute stünden gleichfalls die Wege zur Universitäts-Ausbildung offen, sich zahlenmäßig als Humbug erweisen läßt. Die beliebte Manier, einzelne Treffer unter Millionen Nieten als einen Erfolg auszuposaunen und die Ausnahme als die Regel hinzustellen, ist noch immer im Schwange, trotzdem schon vor vielen Jahren F. A. Lange für ein anderes Gebiet die Sinnfälligkeit dieser Bourgeois-theorie schlagend nachgewiesen hat.

Ein bekanntes Mitglied des kgl. preussischen statistischen Bureaus, Professor Dr. Peterfilie, hat vor einiger Zeit eine sehr interessante Schrift über die Statistik der preussischen Landesuniversitäten auf Grund amtlicher Erhebungen veröffentlicht. Und es ist belehrend zu sehen, welche Ergebnisse dies offizielle preussische Quellenwerk mit Rücksicht auf die soziale Seite der ganzen Frage zu Tage gefördert hat.

Welchen Berufsgruppen, welchen gesellschaftlichen Schichten gehören die Studierenden vermöge ihrer Väter an? Peterfilie, der den für das Studienjahr Michaelis 1886-87 gesammelten Zahlenstoff zur Verfügung hatte, kommt zu einem Resultat, das die stets von uns vertretene Auffassung kräftigst unterstützt. Es kam je ein Studirender auf Haupt-Berufstätige, und zwar:

	auf Selbständige	auf Angestellte, Gehilfen und Arbeiter	durchschnittlich
aus den landwirtschaftlichen Berufen . . .	605	36 130	2461
aus den gewerblichen Berufen . . .	516	14 275	1484
aus den Handels- oder Verkehrsberufen . . .	164	1345	321
aus öffentlichem Dienst und freiem Beruf . . .	—	14 690	14 690
aus Rentnerkreisen . . .	608	—	608

Die Zusammenfassung der Gruppe: Angestellte, Gehilfen und Arbeiter läßt die Ziffern für die Besitzlosen

weit günstiger erscheinen, als den Thatsachen entspricht. Wenn die Söhne von Arbeitern allein verzeichnet worden wären, so müßte das Ergebnis noch weit dunkler gefärbt sein. Man bedenke, daß auch der Direktor einer Aktiengesellschaft, der Leiter eines Hüttenwerkes, einer Steinkohlengrube, daß der Buchhalter eines großen Bankhauses, der Prokurist einer Weltfirma, ebenso gut unter die „Angestellten, Gehilfen, Arbeiter“ eingereicht wird, wie der Mann, der von seiner Hände Arbeit lebt, der im härtesten Kampf ums Dasein für sich und die Seinen zu sorgen hat. Ganz abgesehen davon, daß die „im öffentlichen Dienst und freiem Beruf“ Stehenden Minister wie Kanzleidiener, Generalstabschefs so gut wie Portiers sein können.

Trotzdem springt der Vorzug der Besitzenden gegenüber der Arbeiterklasse immer noch klar genug ins Auge, um in seiner sozialpolitischen Bedeutung gewürdigt werden zu können. Die Sonderstellung, welche die Bourgeoisie einnimmt, mag sie in der Landwirtschaft oder in Handel und Wandel die Vorteile des Kapitalismus für sich einheimsen, geht auch aus den offiziellen Angaben des Herrn Peterfilie hervor. Man betrachte nun die zwei sprechenden Ziffern der Gruppe: landwirtschaftliche Berufe! Auf 695 Selbständige bereits kommt ein Studirender, während erst auf 36 130 Angestellte, Gehilfen, Arbeiter derselben Kategorie ein Student entfällt!

Das unter den Vätern, welche in öffentlichem Dienst und freiem Berufe thätig sind, die bourgeois Elemente überwiegen, versteht sich am Rande. Stammen doch allein 51 pCt. der Söhne aus dieser Gruppe von Vätern mit akademischer Bildung!

Das heißt also, daß diese Kreise aus sich heraus in erster Reihe für den Universitätsnachwuchs sorgen, daß kraft der Familienüberlieferung, will sagen einer künstlichen Klasseneingrenzung die Bureauratie und die anderen Beamtenkategorien ihre Sprößlinge in die angewohnte Karriere hineinbringen. Unter 100 Studirenden, welche Söhne von Staats- und Gemeindebeamten mit akademischer Bildung waren, hatten sich zugewendet:

der evangelisch-theologischen Fakultät . . .	9
„ katholisch-theologischen „ . . .	1
„ juristischen „ . . .	44
„ medizinischen „ . . .	23
„ philosophischen „ . . .	23

Die drei letztgenannten Fakultäten, die vor Allem das Beamtenmaterial liefern, unter ihnen in hervorragender Weise wieder die juristische, sind es, welchen die Sprößlinge der Bureauratie zumeist sich zuwenden.

Daß die evangelische Geistlichkeit, welche die guten Pfänden gar wohl zu schätzen und ihre Söhne mit

einträglichen Pastorensöhnen, ihre Töchter mit glattgeschneiderten, Bässchen tragenden Satten zu versorgen weiß, immer neue Gottesmänner auswendet, zeigt auch die neueste Feststellung des Herrn Peterfilie. Unter 100 Söhnen von Geistlichen hatten sich 56,5 pCt. der evangelisch-theologischen Fakultät zugewendet, um im Weinberg des Herrn wirken und die böse Sozialdemokratie auf den Synoden, in der Presse und in der Kirche bekämpfen zu können. 7,5 pCt. hatten sich der Rechtswissenschaft zugewendet, 20 pCt. waren Mediziner geworden, 35,5 pCt. waren von der philosophischen Fakultät aufgenommen worden, um später als Gymnasiallehrer u. s. w. thätig zu sein.

Was wurden die Söhne von Bauern, was die von Arbeitern und niederen Bediensteten? Es hatten sich zugewendet die Söhne von

	der ev.-theol. Fakult.	kath.-theol. Fakult.	jurist. Fakult.	mediz. Fakult.	philos. Fakult.
Bauern . . .	30 pCt.	18 pCt.	5 pCt.	23 pCt.	22 pCt.
Arbeiter . . .	30	24	2,7	2,7	40,8
Niederen Bed. . .	19,5	33,3	2,8	2,8	41,6

Der Klerus, der katholische, wie der evangelische, absorbiert den größten Prozentsatz dieser jungen Leute, die im Dienste der kirchlichen Interessen verwendet werden; daß der Heerbann der katholischen Kirche seine starrnackigsten und eifrigsten Soldaten aus den Arbeiter- und Bauernkreisen holt, ist bekannt. Die Kaplandemagogie mit ihrem Pseudoradikalismus beruht auf den Hilfskräften, welche das Proletariat liefert, da diese das Volk, seine Leiden und Schmerzen aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen und ihre Agitation danach einzurichten wissen. Wer die rheinisch-westfälischen Zustände kennt, wird uns beistimmen.

Die philosophische Fakultät kommt in zweiter Reihe, sie versorgt den Staat mit Lehrern und dergleichen. Die armen Teufel, die mit freitischen, Stipendien und anderen Unterstützungen es glücklich bis zum Examen bringen, kommen vorwärts, wenn und weil sie biegsam wie Wachs sind. Ohne Strebsamkeit kein Erfolg.

Sicher aber ist, daß für die Arbeiter als Klasse die Universitätsbildung durchaus unzugänglich ist. Unsere Sache ist es, dafür zu kämpfen, daß die wissenschaftliche Schulung kein Privileg bevorrechteter Gruppen bleibt.

Briefe aus Oesterreich.

Wien, 27. Januar.

Die plötzliche Auflösung des Reichsrathes hat alle Parteien gleichmäßig überrascht und alle Parteien ohne Ausnahme suchen sich die Sache hinterher mühsam zurecht zu legen und Gründe dafür zu finden. Von allen Hypothesen ist eine

„Ach ja, . . . ein bißchen.“
 „Dat sie es Dich nicht ordentlich gelehrt?“
 „Nein . . . Es liegt Mama nicht so viel dran, daß ich dergleichen kann. Eine so schlechte Partie werde ich wohl nicht machen, sagt sie.“
 „Par . . .“ — Lea sperrte die Augen auf. „Om, hört mir einmal diesen Grassaffen an! . . . Ja, das scheint mir aber merkwürdig von Mama! Nun, so wird es Dir nicht schaden, wenn Du hier etwas lernst. Du kannst mit der Küche anfangen; da giebt es Allerlei zu thun; ich werde mit der Köchin darüber reden; und dann kannst Du auch dem Stubenmädchen in diesem oder jenem helfen; Du bist doch rasch und willig? nun, — und hernach wollen wir sehen. Es thut Dir gewiß gut, ein bißchen fortzukommen; es taugt nicht für so ein Mädchen, wie Du es bist, immer bei der Mama zu stecken!“

— Fanny wurde Dienstmagd. Sie musch der Köchin das Geschirr ab und setzte dem Stubenmädchen die Zimmer; man verwendete sie auch zu Botengängen und zum Holztragen. Neben ihr Alltagskleid bekam sie eine steife, grobe Küchenschürze. Ihre Hände und Arme wurden roth und sprangen auf. Jetzt hätte Kadett Horn sie sehen sollen! Alles, was sie beim vierten Gebot gelernt hatte, brauchte sie, um sich in ihre neue Stellung zu finden. Lea suchte ihr auch am Essen abzuhelfen. Allein, das that nicht viel; zu Mittag hatte Fanny ja Thorseng, an den sie sich halten konnte, und so speiste sie sich denn unter der Nase der Schwester gründlich satt. Das war ein Hauptspieß; Gott, wie ärgerte sich Lea.

„Ja, Fanny!“ sagte Thorseng.
 „Ja, danke!“ sagte Fanny; sie nahm sich, als ob sie dabeim wäre.
 „Om hm!“ räusperte sich Lea.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(24)

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Thorsengs rundes, sanftes Gesicht färbte sich röthlich. „Nein, nein, ich soll ja nie etwas für Dich thun, ich weiß schon; aber . . . Nun, wie Du willst, Lea! Ich habe Fanny hierhergenommen und hier bleibt sie!“

Plötzlich ganz weiß im Gesicht machte er Rekehrum und ging hinaus; er schlug die Thür hinter sich laut zu.

Lea wanderte im Zimmer auf und ab und sah rathlos aus; dann entdeckte sie Fanny.

„Ah so . . . Du bleibst hier . . . das ist sehr freundlich.“

Sie schellte dem Mädchen und gebot ihr, Kaffee zu bringen. „Du bist doch wohl nicht hungrig?“ fragte sie Fanny.

„Nein, — ja, doch!“ versetzte diese.

„Bist Du hungrig? Ja, hast Du denn nicht zu Hause Kaffee und zu essen bekommen?“

„Ja.“
 „Nun also . . . Ja, Mally; bringe meinewegen auch eine Butterbemme. Eine Bemme, verstehst Du?“

„Ja, gnädige Frau.“
 Und hierauf begann Lea wieder auf und ab zu gehen und die Hände zu ringen.

Der Kaffee kam und nur ein Stück Butterbrot. Fanny

nahm beim Tische vor dem Sopha Platz und fing an zu essen. Lea setzte sich ihr gegenüber aufs Sopha.

„Du, Du machst stark“, sagte sie.

„O ja. Mama behauptet, ich werde eine Riesin.“

„Om . . . ist auch wohl wie eine Riesin, was?“ Lea lächelte ein wenig. Fanny biß kräftig in ihr Butterbrot.

„Nun, wir werden sehen . . .“

Lea begann ohne Uebergang von Thorseng zu sprechen. Er war so gut. Er war allzu gut, er vermochte nicht nein zu sagen; er war im Stande sich zu ruinieren, wenn er glaubte, er könne . . . jemand . . . eine Freude damit machen. „Ich sage Dir das, damit es Dir nicht einfällt hinzugehen und ihn um etwas zu bitten; — wenn Du glaubst, daß Dir etwas mangelt, so kommst Du zu mir, hörst Du?“

„Ja.“

„Er hat genug mit —. Du begreifst, er soll nicht . . .“

Er könnte bald finden, daß wir ihm zur Last fallen . . .“

„Ich besah ja nichts; ich verursachte ihm bloß Auslagen . . .“

„Weißt Du, das könnte ihm bald zu viel werden . . .“

„Er ist nicht so reich, wie Ihr meint . . . Ich gehe nur so herum und bin kränzlich, brauche Köchin und Stubenmädchen, und auch noch das dazu; — es wird wahrhaftig zu viel . . .“

Lea sah und sprach mit sich selbst; Fanny war mit ihrem Butterbrot fertig.

„Ja, ja.“ fuhr Lea fort, „wir werden sehen; — Du bist ja groß und stark; Du bist förmlich erwachsen; Du kannst Dich schon nützlich machen . . . Dabei lernst Du etwas; das kommt mit in den Kauf . . . Mama hat Dich wohl auch allerlei gelehrt, nehme ich an?“

„O, ein wenig.“

„Du kannst doch nähen?“

gänzlich ausgeschlossen: die nämlich, daß Graf Taaffe in diesem letzten Sessionsabschnitte, der das Budget hätte erledigen sollen, um eine Majorität in Verlegenheit gewesen wäre. In Oesterreich findet jedes Ministerium seine Majorität im Parlament; ja unsere Wahlordnung ermöglicht jeder Regierung, sich das Parlament nach Bedarf zu komponieren. Wo aber wirklich ernste Anstalten zu ernster Opposition gemacht werden, wird zu einem zwar nicht konstitutionellen, dafür aber probaten Mittel gegriffen: der Kaiser selbst läßt sich die halbsittigen Herren rufen und seht ihnen den Kopf zurecht. Worauf sie sich dann noch stets allerunterthänigst gefügt haben.

Aber Graf Taaffe weiß doch sehr genau, was er thut, und die überraschende Anordnung von Neuwahlen ist ein Meisterstück jener politischen Kunst, in welcher er sich auszeichnet; kein in dem Großen, groß in allem Kleinen, wie er ist. Ein Vorbild, den jener Streich für die Regierung hat, liegt klar vor aller Augen; er kriegt alle Parteien völlig unvorbereitet, die Wahltagung kann nicht mehr voll zur Geltung kommen; bereit, ergriffen! aber ist der Verwaltungsmechanismus, den die Regierung selbst handhabt und der bei den Wahlen eine große Rolle spielt, Taaffe gewinnt also einen Vorsprung gegenüber allen Parteien, der nicht mehr weit zu machen ist.

Aber noch andere Motive der Regierung glauben wir, gestützt auf unsere Kenntnis der Psychologie der politischen Faktoren Oesterreichs, als sicher annehmen zu dürfen. Zunächst ein ganz allgemeines Moment: jede Regierung in Oesterreich, heiße sie wie sie wolle, hat von jeher einen tief wurzelnden Widerwillen gegen jede Volksbewegung, möge diese welchen Charakter immer tragen. Bei uns werden soziale, blödsinnig schwarzgelbe Beteranvereine fast ebenso geschwiegen, wie die Arbeiter, wenn sich diese guten Leute vernehmen, ihren patriotischen Gefühlen unbefugt Paß zu machen. Nicht einmal das Schweiswedeln ist ohne polizeiliche Genehmigung gestattet. Daß diese Furcht vor dem Volke, selbst auch nur dem „steuerzahlenden“ Volke, keineswegs ein Privilegium der Konserativen ist, zeigt der Umstand, daß unsere sechsjährige Wahlperiode eine liberale Institution ist. Immerhin muß jede Wahlbewegung eine gewisse Aufregung hervor und zwar um so größere, je länger sie dauert. Man vermuthete früher, daß Taaffe die Absicht habe, die Wahlbewegung verstopfen zu lassen, indem er die Wahlen möglichst in den Hochsommer, in die Erntezeit hinausschiebt. Nun scheint er es vorgezogen zu haben, sie im Reize zu ersticken. In diesem Zusammenhange mag auch bis zu einem gewissen Grade die Arbeiterpartei in Erwägung gekommen sein. Bekanntlich wollte die Sozialdemokratie Oesterreich einen Parteitag abhalten, am 1. Mai neben dem Achtsundbentag für das allgemeine Wahlrecht demonstrieren und bei den Wahlen eine ganz energische Agitation entfalten, die zwar nicht Mandate, wohl aber ausgiebige Propaganda und Beeinflussung der ganzen Bewegung zum Ziele sollte. Da wir einen hohen Jenfus haben, kann die Sozialdemokratie das Wahlergebnis kaum beeinflussen, und kommt in dieser Beziehung für die Regierung nicht in Betracht. Wohl aber mag ihre Absicht in dem angeedeuteten Sinne in gewissem Grade mitbestimmend für die Regierung gewesen sein. Denn man weiß von uns, daß wir halten, was wir versprechen.

Der entscheidende Grund für die Auflösung aber ist ein viel konkreter. Unlängbar bereitet sich ein Systemwechsel in Oesterreich vor. Die deutsche Linke, die in diesen schweren Zeiten längst aufgehört hat, national oder liberal zu sein, sondern einfach „nationalliberal“ geworden ist, hat alle Aussicht, regierungsfähig zu werden. Mit den polnischen und tschechischen Elementen des agrarischen und industriellen Großbürgertums zusammen läßt sich da eine selbige „liberale“, d. h. erzkonservative Majorität schaffen, die den Charakter der nackten Bourgeoisie trägt. Den Kleinbürgerlichen, bäuerlichen, demokratischen, antisemitischen Parteien und Notorien gegenüber und ihren unklaren Reformplänen wird energisch entgegengetreten werden. Die nationalen Gegensätze treten im Bewußtsein zurück hinter den wirtschaftlichen. Und Graf Taaffe regiert ebenso gerne mit deutschen Liberalen als mit Hochorten, die tschechisch-nationalen Fanatismus heucheln. Schon bei den Verhandlungen im böhmischen Landtag über den „Ausgleich“ fanden sich nicht mehr nationale Gruppen gegenüber. Die Deutschliberalen traten Seite an Seite mit dem Großgrundbesitz und der Regierung auf. Noch mehr entpuppten sich die Liberalen als Regierungspartei sans phrase im niederösterreichischen Landtag bei der Verathung über das Statut von „Groszwien“. Im Reichsrathe aber sollten und mußten sie als „Opposition“ ihre Rolle weiter spielen. Das war un bequem, höchst un bequem gerade wegen der bevorstehenden Wahlen. Unter der Löwenhaut der Opposition, den Schapelz der Regierungspartei hervorzubilden zu lassen, das ist keine begeisterte Wahlparole. Bei der Verathung des Budgetprovisoriums hatte man eine große Debatte über den Ausgleich in Böden erwartet, die Linke schweigend staatsmännisch. Bei der Verathung des definitiven Budgets hätte sie Farbe bekennen müssen und das wollte Graf Taaffe ihr ersparen. Die Umwandlung und die definitive Konstituierung der Liberalen als Regierungspartei soll erst dann erfolgen, bis die Herren wieder auf sechs Jahre ihrer Mandate sicher sind und das ist,

unseres Erachtens, das eigentliche Motiv für die überraschende Auflösung des Reichsraths. —

Für die Sozialdemokratie ist die Lage natürlich sehr erschwerend. Die Arbeit von sechs Monaten muß nun in sechs Wochen gethan werden. Wie gesagt, nicht Mandate wird es für uns zu holen geben, wenn nicht ganz unerwartete Verhältnisse uns irgendwo eines in den Schooß werfen. Aber Propaganda für unser Programm werden wir in ausgiebiger Weise machen und die nächsten Wahlen werden die ersten in Oesterreich sein, bei welchen die Nichtwähler laut und vernehmlich reden werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Januar.

Im Reichstag gab der Postetat zu einigen Blänkelein Anlaß. Nach einer Anfrage Singer's über gewisse Vorkommnisse bei der Versicherung der Postbeamten — eine Anfrage, auf welche Herr General-Postmeister Stephan ausweichend antwortete — wurde das eigenthümliche Verhältniß des Reichspost- und Telegraphenamts zu dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau von dem ultramontanen Abgeordneten Schädlcr zur Sprache gebracht.

Aus den mitgetheilten Thatfachen geht zur Evidenz hervor, daß das genannte Bureau — was übrigens für viele längst schon kein Geheimniß — einen offiziosen Charakter hat und sich einer Reihe von Vergünstigungen erfreut, welche sich weder gesetzlich noch politisch rechtfertigen lassen. Der Herr General-Postmeister verstand sich hinter „Vertragsverbindlichkeiten“, die bei Gründung des norddeutschen Bundes hätten übernommen werden müssen, und wurde im Uebrigen so aufgeregt und nervös, daß er sich von dem ultramontanen Kollegen des unangenehmen Fragestellers, Herrn Bachem, eine recht empfindliche Lektion mußte ertheilen lassen.

— Die Debatte wurde auf morgen vertagt.

Tiefer hängen müssen wir nachstehenden Erguß der hiesigen „Freisinnigen Zeitung“:

„Unter der Maske von Protestversammlungen von Arbeitslosen veranstalten die Sozialdemokraten weitere Versammlungen in Berlin im Anschluß an die letzten Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung. Diese Versammlungen der Arbeitslosen unterscheiden sich in nichts von anderen sozialdemokratischen Versammlungen, mit Ausnahme davon, daß die Versammlungen während der regelmäßigen Arbeitszeit, also Vormittags 10 Uhr, stattfinden. Die Wahl der Zeit soll augenscheinlich die Arbeitslosigkeit der Teilnehmer markieren. Alle Personen aber, die in diesen Versammlungen mit Namen und als Redner hervortreten, sind keine Arbeitslosen, sondern Persönlichkeiten, denen es ihre Mittel erlauben, sich auch am Morgen der sozialdemokratischen Agitation hinzugeben.“

„In einem spaltenlangen Artikel sucht der „Vorwärts“ zu hegen gegen die städtische Verwaltung, weil sie den Arbeitslosen nicht genügende Hilfe bringe. Was aber ist der tatsächliche Kern? Der Vorwurf, daß in dem städtischen Hof für Obdachlose an einzelnen Sonnabenden wegen großen Andrangs im Januar auch die Korridore zu den Schlafsälen belegt werden mußten. Dergleichen passiert sogar in jedem großen Bahnhof, wenn ein plötzlicher Andrang von Personen sich ergibt. Sollte die städtische Verwaltung etwa lieber die Leute abweisen? Es wird der Vorwurf gemacht, daß an einem Tage allerdings „hundert“ hätten nicht aufgenommen werden können wegen Raum-mangel. Die Armen-direktion habe darauf den Magistrat um schleunige Abhilfe ersucht. Der „Vorwärts“ schweigt sich darüber aus, in welcher Weise die Abhilfe für den Augenblick möglich war und was an jenem Abend, wenn die Sache sich wirklich so verhält, hätte geschehen müssen. Weiter macht der Artikel einen Vorwurf daraus, daß Tausende von Arbeitern nicht hätten beschäftigt werden können, um Schnee und Schmutz zu beseitigen. An keinem Ort wird für solche Zwecke so viel ausgegeben und werden so viel Arbeitskräfte hiermit beschäftigt, als in Berlin. Um aber Schnee und Schmutz noch schleuniger von den Straßen wegzuschaffen, müssen nicht bloß Arbeiter vorhanden sein, sondern auch Wagen und Pferde dazu. Diese lassen sich nicht aus der Erde stampfen. Man sieht, es ist nur eitel Gerede. Gerade die nichtszunehige Art, mit welcher selbst vorübergehende Mängel für sozialdemokratische Parteizwecke auszubehuten gesucht werden, erleichtert nicht die Abhilfe, sondern ist nur geeignet, dieselbe zum Schaden der Arbeitslosen zu erschweren.“

So das Organ des Herrn Eugen Richter, dessen rüpelhaft („nichtsüchtig“) denunziatorischer Beschönigungsversuch gerade noch gefehlt hat, um die Berliner Gemeindebehörden vollends zu kompromittieren: Gott behüte mich vor meinem Eugen — mag Herr Forderbeck gedacht haben, als er diesen Erguß las, der gleich dem Beschönigungsversuch der „Vossischen Zeitung“, sich um die eigentliche Frage herumdrückt, und für den wir um seines bodenlos gemeinen Inhalts willen — wir haben die Hauptstellen gesperrt — nur ein Psui! haben.

So lange die Berliner Gemeindebehörden keinen besseren Vertheidiger und keine besseren Gründe für sich ins Feld führen können, bleibt's bei unserem Urtheil, das wir in allen Einzelheiten gegen Jeden aufrechtzuerhalten entschlossen und in der Lage sind. —

Die „alte Naketenliste“ hat ihrem Hausnarren Hans Bemer erzählt, daß sie während der Konfliktzeit beständig in Todesangst vor Attentaten geschwebt und sich nur mit geladenem Revolver unter Menschen gewagt habe. Von Leuten, welche die nervöse Mangelhaftigkeit des sogenannten „eisernen“ Kanzlers nicht kennen, ist diese Mittheilung in Zweifel gezogen worden, sie ist aber buchstäblich wahr. Schon 1882, als Herr von Bismarck ins Ministerium eintrat, ließ er sich von der Polizei bewachen — zu einer eigenen Leib- und Schutzwache brachte er es erst später.

Die nervöse Mangelhaftigkeit des Mannes zeigte sich recht augenfällig im Sommer 1886, bei dem Attentat des jungen Cohen, der den Bruderkrieg verhindern wollte, indem er dessen Urheber niederschloß. Cohen feuerte unter den Linden auf den Ministerpräsidenten; die Kugel trug auch, hatte jedoch nicht so viel Kraft, die Uniform zu durchdringen. Herr von Bismarck, der den Knall gehört hatte, drehte sich um, und war — wie von Augenzeugen erzählt wird — so verblüfft, daß Cohen ihn zehnmal hätte über den Haufen schießen können, wenn er nicht von Zuschaueren festgehalten worden wäre. Es dauerte lange, ehe Herr v. Bismarck der mit solcher Vorliebe als Rede figurirt, sich von seinen Schrecken erholt hatte — und seitdem ging er nicht mehr ohne Panzer und Polizeibegleitung aus. Den Panzer legte er erst 10 Jahre später ab, verpöbelte dafür aber die Leib- und Spießgarde, die er in der Zwischenzeit — auf Kosten der deutschen Steuerzahler — sich angeschafft hatte.

Nach der Ermordung des russischen Zaren Alexander II. der bekanntlich vermittelst einer von einem weißen Schnupstuch umhüllten Bombe getödtet wurde, brauchte man „an Kanzlertagen“ im Reichstag oder auf dessen Tribüne nur ein weißes Taschentuch ausfallend zu schweifen, um den „eisernen“ Herrn Reichskanzler (der nur Gott und sonst nichts auf der Welt zu fürchten behauptete) in eine tödtliche Angst zu versetzen.

Gelegentlich erzählen wir vielleicht noch einige Duellgeschichten, die hierher gehören — oder richtiger Geschichten von nicht ausgefochtenen Duellen. Wenn Hans Bemer, der Hausnarr, seinen „Chef“ fragt, giebt ihm dieser vielleicht schon vorher einige Aufschlüsse. —

Noch nie war den Nationalliberalen ein Wahlsieg so un bequem wie der in Bochum. Die Stützen des Nationalliberalismus sind müthend, daß Herr Mollenhagen den Weiblichen Versprechungen gemacht hat und nicht als ganz einseitiger Vertreter des Kapitals hervorgetreten ist. Die lustigsten Dinge konnte man in den letzten Tagen lesen, so, daß die Unternehmer sich vom Nationalliberalismus abwenden müssen. Herr Mollenhagen wird als Wilder sein Leben im Parlament freisten müssen, wenn er nicht so viel politische Ehre besitzt, sein Mandat niederzulegen. —

Ueber den „verhängnißvollen Drang in die Städte“ leitartikelte gestern die Kölnische Volkszeitung. Sie will durch Palliativmitteln diesem Drange andere Wege weisen, verkennt aber dabei nicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung das Strömen der Landbevölkerung in die Städte verursacht. Mag man nur alles versuchen, man wird die ökonomische Entwicklung nicht aufhalten und daß diese den Sieg der Sozialdemokratie verbürgt, gesteht trauernden Auges die „Kölnische Volkszeitung“ ein. —

In Augsburg haben die Girsch-Tunderianer einen Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ge-

„Du hm!“ machte Fanny und nahm noch mehr. „So ist's recht!“ sprach Thorjeng; „aus Dir kann einmal etwas werden!“

Lea fandte Fanny einen Blick zu, als wollte sie sie verzeihen. Aber vor Thorjeng konnte sie nicht sagen und es war fürchterlich lustig anzusehen, wie hübsch sie den Kerger in sich hineinstecken mußte. Nach Tisch machte Fanny ihrer Schwester einen außerordentlich tiefen Knix. — „Dank für die Mahlzeit, Lea!“ Ah!

— Natürlich schalt Lea dann später; aber das hatte nichts zu bedeuten. Gegen Mama's Schelte war all das Freundschaftsversicherung und Schweisgelächter; arme Lea, sie hatte keine Idee vom Schellen.

— Im Hause verkehrten Thorjengs Bekannte mit ihren Damen; es waren langweilige Leute. Keine Künstler, keine Kadetten, nichts Feines, nur Kaufleute, Maurermeister und dergleichen. Unter allen schenkte sie nur zweien Aufmerksamkeit; der eine davon war säkredlich zuwider, der andere außerordentlich lieb. Der „Liebe“ war ein Better Thorjengs und hieß Kristian; der „Zuwiderer“ hieß Rgen und war Zollbeamter.

Er war wirklich unanstehlich. Immer mußte er hier stehen. „Ihr habt da drunten in der Bollbube wohl nicht sehr viel zu thun?“ bemerkte Fanny vorlaut.

„Versteht sich Fanny schon auf Staatsachen?“ lachte der Zollbeamte einschmeichelnd; er mußte immer so schrecklich galant thun.

„Nah, Staatsachen!“ blies Fanny vor sich hin; so Einer wie er sollte vielleicht gar mit Staatsachen zu thun haben; nein, nein, sie war nicht so dumm. Er verstand sich gewiß auf nichts Anderes als aufs Essen. Er ging in die Küche und mischte sich in alles Mögliche, wollte besser Bescheid wissen als die Köchin und als Lea und freute seine lange Nase in alle Schüsseln und Schalen. Bei Tisch war er etelhaft; psui, ihn sitzen und über einem guten Gericht schmatzen und schnalzen zu sehen! — Und ihn vom Essen reden hören; da und da speiste man gut, dort und dort speiste man schlecht; dies oder das Gericht war vorzüglich, dies oder das Gericht war elend; im Viktoria oft man am besten; mujam, mujam, ein Ragout beim Viktoria, mujam, mujam. Das Wasser

ließ ihm um die Zähne zusammen, er geiserte förmlich; psui! — psui!

Er war absehnlich. Lang und mager wie ein Gespenst, und kahlköpfig und blank; merkwürdig, daß er nur um ein Jahr älter war als Thorjeng. Und dann hatte er ein Lächeln, welches an Speisensett erinnerte — hu! Gegen Lea war er absehnlich; er that, als ob sie eine Dienstmagd wäre. „Du — Lea,“ sagte er; — „Du Lea, sei so gut und gib mir noch ein wenig Suppe“; — „ah, höre, Lea, sozge dafür, daß Garg ein paar gute Knochen kriegt“; — sein Hund Caro war auch zuwider und wählertisch. Lea mußte sich in all das finden; der Polizeinnehmer war Thorjengs Freund seit dessen Knabenjahren. Am ärgsten war es jedoch, sich seine Komplimente gefallen zu lassen. „Nein, sehr einmal, Frau Lea sieht ja aus wie eine in der Morgensonne frisch aufgesprungene Blie!“ — „Nein, schaut mir doch Frau Lea an; dieses Kleid verleiht ja wirklich Geschmack!“ — Lea hatte Geduld. Allein sie wendete sich gedöhnlich ab, wenn er dergleichen sagte und Fanny lächelte, daß in ihr die Lust aufstammte mit den Zähnen zu knirschen.

Niemals hätte Fanny es hier ausgehalten, ohne Kristian. Das war aber ein herrlicher Mann. Allerdings kein Künstler, sondern Mitzeigenthümer einer Nagelfabrik; aber er hatte viele Jahre im Ausland gelebt und war ein sehr feiner Herr. Er trug immer schwarze Handschuhe und seine Beinkleider bestanden aus so feinem gestreuten Stoff, wie sich gewiß Ähnliches im ganzen Land nicht vorfand. Er hatte eine spanische Hautfarbe, raben-schwarzes Haar, einen gewaltigen Schnurbart und tiefe Augen. Er war ein ritterlicher Charakter. Fanny verliebte sich zum Sterben in ihn.

Wald bestand ihr ganzes Leben nur darin, herumzugehen und auf ihn zu warten. Wenn sie ihn läuten hörte, — sie hörte genau, daß er läutete — war sie augenblicklich beim Eingang, um ihn zu öffnen. Sie vergaß ihr Kleid, sie vergaß ihre Küchenschürze; sie mußte ihn, ihn sehen und sterben. Vielleicht, daß auch er in einer glücklichen Stunde sie entdeckte. Ein Mann wie Kristian Thorjeng schaute nicht auf ein Kleid, auf eine Schürze, nicht einmal auf rothe Hände, und diese konnte sie übrigens ja verstecken; — er würde auf sie selbst schauen; er würde errathen, daß unter diesen Lumpen-

hüllen sich ein Schatz barg; auf den ersten Blick würde es ihm klar werden, daß dieses Mädchen nicht in die Küche gehörte.

„Guten Tag. Ist man zu Hause?“ fragte er in seiner wortknappen Art und ging hinein. Sie stand da mit glänzenden Augen und heißen Wangen; ihr Herz bäumte sich, sie brachte kaum einen Laut hervor; „bitte einzutreten,“ flüsterte sie; — o Gott, ob er sie wohl gesehen hatte!

Am Sonntag kam er zu Mittag; da hatte Fanny ihr hübsches Kleid an und verneigte, sich geltend zu machen. Auf die einnehmendste Art stand sie vor ihm, mit geschlossenen Füßen, die Arme unter der Brust, in der ziellichsten Damenstellung; die großen runden Augen blickten stehend und selbstbewußt zu ihm hinauf; sie legte Anmuth und Verstand in ihre Mienen; „Guten Tag,“ nickte er; — aber du großer Gott, ob er sie eigentlich auch gesehen hatte? —

— Ja, nun war sie verliebt. Alles andere war Kibderci gewesen. William Holter, der Kommiss, der Sänger Arlberg, Kadett Horn, Gott weiß wer noch, — alle erblichen sie in ihrem Sinne, wie die Sterne vor dem Morgen. Denn nun war die Sonne gekommen, die siegende Sonne. Nun liebte sie Kristian Thorjeng.

Ah, so stand es also doch in den Sternen geschrieben, daß sie unglücklich werden sollte. Ja, das hatte sie von jeher geahnt. Natürlich ging der reiche Kristian Thorjeng nicht hin und nahm sich ein armes Mädchen, das zerlumpt und häßlich in der Küche stand und abwusch. . . . obwohl, wer weiß; geschehen war dergleichen auch schon; Kristian war edel; sein tiefer Blick sah tief. . . . Wenn kein anderer einen Schatz nahm, der sich unter schlechten Hüllen barg, so that doch er es. Ja, das würde dann ein anderer Tanz, als hier die Dienstmagd spielen; er nahm sie mit sich nach Hause und kleidete sie in Gold und Seide, und da zeigte es sich, daß sie das hübscheste Mädchen von der Welt war, viel hübscher als Lea; sogar ihre Füße waren hübsch, wenn sie ordentliche Seidenschuhe bekam. Klatsch! pladatsch! — — da lag wieder eine von Lea's Theeshalen auf dem Boden. Hui, nein, das hielt sie nicht mehr aus; nein, sie hielt es nicht aus. . . . (Fortsetzung folgt.)

gründet. Da müssen sich aber unsere Augsburger Freunde gewaltig fürchten! —

Wir haben schon kurz von der Stellungnahme des Kongresses der Schweizer Gewerkschaften zur Frage des 1. Mai berichtet. Auf diesem Kongresse waren 160 Delegierte anwesend. Derselbe fand, deutscher Pöhlster fassend, unter dem Präsidium des Bezirksanwalts (Untersuchungsrichters) Lang statt.

Ueber die Verhandlungen entnehmen wir dem Berichte der „Zürcher Post“ folgendes:

Als erster Verhandlungsgegenstand gelangte der neue Statutenentwurf des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der allgemeinen Arbeiter-Reservekasse zur Verhandlung. In Artikel 2 wird der Zweck des schweizerischen Gewerkschaftsbundes folgendermaßen zusammengefaßt: Förderung des Gewerkschaftswesens, Wahrung der sozialökonomischen Interessen der Arbeiterschaft in jeder Beziehung, Befreiung der Arbeit vom Lohnsystem, Bergesellschaftlichung der Produktionsmittel gemäß dem Programm der „Sozialdemokratie.“ War die schweizerische allgemeine Arbeiter-Reservekasse, gegründet 1888, bisher ein selbständiges Institut der verschiedenen Berufsverbände gewesen, so ändert Artikel 6 des Statutenentwurfes dieses Verhältnis dadurch, daß er die Reservekasse mit dem Gewerkschaftsbunde verbindet und sie zu einem bloßen Institute des Bundes macht. Die Vereinigungsbestimmung im Statute lautet: Der Gewerkschaftsbund besitzt eine Reservekasse, welche dem Zweck hat, die Arbeiterschaft im Kampfe um bessere Existenzbedingungen zu unterstützen. Ein wunder Punkt in der bisherigen Organisation war die Beitragspflicht. Infolge der vielfachen Organisationen zersplitterten sich die Beiträge und die Reservekasse blieb leer. Der Entwurf sieht nun einen Beitrag von 60 Cts. pro Mitglied und Vierteljahr fest; wovon 50 Cts. in die Reservekasse fallen, und nur 10 Cts. zur Agitation und Verwaltung verwendet werden sollen. Die Erziehungsgewalt soll, wie bisher, einem Bundeskomitee übertragen werden. Dasselbe soll 12 Mitglieder zählen und mit den gewerkschaftlichen Organisationen anderer Länder in Verbindung treten.

Die Bestimmungen des Statuts für Arbeitseinstellungen sind schärfer als die bisherigen der Reservekasse. Arbeitseinstellungen bedürfen in Zukunft auch der vorgängigen Genehmigung des Bundeskomitees (und der Reservekassen-Kommission), Arbeitseinstellungen von Gewerkschaften, welche nicht eine bestimmte Zeit dem Gewerkschaftsbunde angehören, verlieren allen Anspruch auf Unterstützung. Nach den bisherigen Bestimmungen der Arbeiter-Reservekasse durfte eine direkte Streikunterstützung erst veranlaßt werden, wenn der Reservefonds die Höhe von 25000 Franken erreicht, die neuen Statuten bestimmen: „Aus der Reservekasse dürfen Unterstützungen verabreicht werden, wenn ein Vermögen von 10000 Franken vorhanden ist. Ist das Vermögen unter 5000 Fr. gesunken, so dürfen keine neu ausbrechenden Streiks aus der Kasse unterstützt werden.“

Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung: „Beschlusfassung über die Achtkunden-Demonstration zum 1. Mai 1891“, referiert Redakteur Conzett. Wäre es unmöglich, den ganzen Tag, so könne man doch wenigstens einige Stunden feiern, zum mindesten müßten Abends überall Versammlungen stattfinden. Ein französischer Redner spricht für eine möglichst großartige Feier des 1. Mai. Redakteur Seidel schließt sich ihm an. Eine imposante Feier werde auch die unorganisierten Massen gewaltig aufreizen und die Macht des Proletariats klar erweisen. Nachdem auch von anderer Seite die Waise als Demonstration für den Achtkundentag empfohlen ist, wird eine Resolution angenommen: Die organisierte Arbeiterschaft erklärt den 1. Mai als Feiertag; die Arbeiter werden die Fabrikanten rechtzeitig davon in Kenntnis setzen. Der Vormittag soll zu Versammlungen, der Nachmittag zu Vergnügungen verwendet werden.

Der Redakteur über die „Stellung der organisierten Arbeiterschaft zu Streiks“, beantragt eine Resolution, man solle bei der augenblicklichen Krise thätigst alle Angriffsstreiks vermeiden. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen. Aus der Versammlung ist ein Antrag eingelaufen, daß die Arbeiterinnen der Baumwollbranche in die Organisation ihrer männlichen Kollegen sollen aufgenommen werden dürfen. Das wird ohne Diskussion akzeptiert. Die Versammlung schließt mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie. —

Der parlamentarische Staatsstreik, welchen die österreichische Regierung soeben gemacht hat, indem sie den Reichsrath knall und fall auflöste, hat seinen letzten Grund in der sogenannten „Nationalitätenfrage“, welche, seit der „Hinauswerfung“ Oesterreichs aus Deutschland durch den biedereren preussischen Bundesbruder, einen immer drohenden Charakter angenommen hat und nachgerade den Fortbestand der buntscheckigen Monarchie gefährdet.

Bis 1866 hatte Oesterreich an dem übrigen Deutschland einen Rückhalt und vermittelt des deutschen Elements, das die 40 Millionen Deutsche „draußen im Reich“ hinter sich hatte, konnte das Völkergemisch nothdürftig zusammengehalten werden. Allein 1866 hörte das auf. Die Deutschen Oesterreichs waren von dem Körper des Deutschthums losgetrennt, und mit dieser Zusammengehörigkeit ging auch ihre Kraft, die übrigen Nationalitäten sich unterzuordnen, verloren. Die Ungarn und Slaven — namentlich die letzteren — wurden sich der veränderten Lage bald bewußt — Fürst Bismarck selbst hatte ihnen ja während des Bruderkrieges gezeigt, wie man der österreichischen Monarchie einen „Stoß in's Herz“ verabsolgen könne — und die Zentrifugalkraft, d. h. das Streben nach Unabhängigkeit vom Mittelpunkte wurde bei den einzelnen Nationalitäten immer mächtiger — und der Einfluß des deutschen Elements immer schwächer. Mehr und mehr wurde das Deutschthum zurückgedrängt, und die Regierung, in ihrer traditionellen, durch die Schwierigkeiten der Situation noch gesteigerten Kopflosgkeit, verfiel auf die tollsten Experimente. Statt die Verschiedenheit der Elemente zu einer Quelle der Kraft zu machen, indem sie eine freie Eidgenossenschaft der Donau- und Balkanvölker begründete, ließ sie bald mit dieser, bald mit jener Nationalität und hat es jetzt glücklicherweise weit gebracht, daß der Jar in der Gasse der österreichischen Monarchie ziemlich ebensoviele, wo nicht noch mehr zu sagen hat, als der Kaiser in Wien.

Für Oesterreich gibt es nur ein Mittel der Rettung, und das ist die absolute politische Freiheit — wie in der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die ebenso „national“ sind wie Oesterreich, aber durch die Freiheit und gute Gesetze fester gefügt sind, als irgend einer der sogenannten „nationalen“ Staaten.

Allerdings mit der politischen Freiheit in den alten europäischen Völkern ist es ein eigenhümliches Ding — sie muß vorläufig ein frommer Wunsch bleiben, weil diejenigen Klassen, welche sie in England, Frankreich und anderen „wilden“ Ländern erkämpften, heute, infolge der Emanzipations-Bestrebungen des arbeitenden Volkes so reaktionär geworden sind, daß sie auf Seiten

des Despotismus stehen. Wie die Dinge liegen, kann bei uns die politische Freiheit erst das Ergebnis sozialer Gerechtigkeit sein. Und so wird auch die Auflösung des österreichischen Reichstags nicht die erhoffte Rettung bringen. Oesterreich ist in ähnlicher Lage wie unser Deutschland: für eine gründliche politische Umgestaltung ist es zu spät, und für eine gründliche soziale Umgestaltung ist es noch zu früh. —

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs erläßt einen Aufruf zur Sammlung eines Wahlfonds. Trübt die Partei auch unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen in den Wahlkampf, so ist doch zu hoffen, daß ihr Aufruf von Wirkung sein und sie nicht erfolglos den Versuch machen wird, am Wahlkampfe theilzunehmen. Unserer besten Wünsche und unseres lebhaftesten Interesses können die österreichischen Genossen sicher sein. —

Die Uneinigkeit im Kabinet Freycinet-Constans wurde gelegentlich der letzten Parlamentsdebatten und des gestrigen Theaterfandals offenkundig, eine Krise scheint bevorzuziehen. Der Intrigant Constans will einige seiner Kollegen hinausdrängen und sich eine gefeierte Position schaffen. Vielleicht bringt schon der morgige Tag die Demission eines Theils des Kabinetts. —

In Paris hat es dieser Tage einen tüchtigen Theaterfandal gegeben. Ein Stück, welches die französische Revolution verhöhnt, wurde aufgeführt, und die Sache wird in der Kammer ein Nachspiel haben, weil die Regierung, welche eine Theaterzensur ausübt, für den Inhalt des Stückes verantwortlich gemacht wird. Hoffentlich ist man so vernünftig, bei dieser Gelegenheit den lächerlichen Jopf der Theaterzensur abzuschneiden. — Nüchtern zu gleicher Zeit spielte sich auf der Straße eine andere Komödie ab: ein paar Boulangisten mit „anarchistischen“ Redensarten suchten die Arbeitslosigkeit zu einem Putsch zu benutzen, wozu die Arbeiter sich natürlich nicht gebrauchen ließen. —

Die schottischen Eisenbahn-Kompagnien sind auf ein recht charakteristisches Mittel verfallen, um die Streikende lahm zu legen. Sie haben das Streikkomitee auf Schaden-erfahr in Betrage von 400000 Mark (20000 Pfund Sterling) zivilrechtlich verklagt. Die Streikenden haben die Herren Direktoren natürlich ausgelacht, das Publikum ist empört, und die Kompagnien werden, wenn sie die Segel zu streichen haben, nicht einmal sagen können, daß sie ehrlich gekämpft haben. —

Daß ein Minister wegen seiner reaktionären Stimmung zur Demission gezwungen wird, ist schon lange nicht dagewesen, man muß auch bis nach Serbien gehen, um ein so außer-gewöhnliches Schauspiel genießen zu können, dort tritt der Minister Djhaja zurück wegen seines reaktionären Pressgesetz-Entwurfes, der die Zustimmung des Parlaments nicht finden konnte. Bei uns würde er in diesem Falle einen Orden bekommen. Serbien ist eben in der Kultur zurückgeblieben. —

In der Angelegenheit Schewitsch fand, wie uns unser amerikanischer Korrespondent schreibt, am 10. d. M. eine Massenversammlung der russischen Sozialisten New-York's statt, in der folgende Resolution gefaßt wurde: „Wir halten es für unsere Pflicht, gegen die unwürdigen Gerichte, die von einigen Zeitungen gegen unseren Kameraden Sergius Schewitsch in Umlauf gesetzt und ohne gebührende Achtung vor dem ehrlichen Namen eines erprobten, langjährigen Freiheitskämpfers vom „Berliner Volksblatt“ wiederholt wurden, zu protestieren, und wir, mit den russischen Verhältnissen in New-York wohlvertraut, erklären hiermit, daß wir derartige Gerichte als eine dem gesunden Menschenverstand widersprechende, niederträchtige Verleumdung erachten.“ — Ueber die Ursachen, welche dem Umstande zu Grunde liegen, daß eine als „revolutionärer Sozialist“ bekannte Persönlichkeit sich unbehelligt in Rußland aufhalten kann, wurde indessen auch bei dieser Gelegenheit nichts veröffentlicht. —

Stepniak hat, wie wir dem Berichte unseres New-Yorker Korrespondenten entnehmen, in Philadelphia, wo er seinen zweiten Vortrag halten wollte, ein leeres Haus gefunden. Der dortige „Ledger“, ein in „besseren“ Kreisen angesehenes Blatt, hatte ihn in deren Augen gründlich schlecht gemacht und mit den „blutdürstigen Chicagoer Anarchisten“ auf eine Stufe gestellt. Dies veranlaßte, daß die „Prominenz“ sich fernhielt, und da auch vom „gewöhnlichen“ Volk nur einige Wenige erschienen waren, so war der Zweck verfehlt. Ob St. nun vor einer eigentlichen Volksversammlung sprechen wird, ist nicht gesagt. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Berlin. Am 15. d. M. fand ein Prozeß aus der Wahlperiode des vorigen Jahres gegen den Schuhmacher Theodor Wegner in Berlin und den Weber Eduard Schindler in Waldby bei Neurode, vor dem k. u. k. Kammergericht seinen Abschluß. Beide waren der Uebertretung des § 1 der Polizei-Verordnung für den Regierungsbezirk Breslau vom 19. Juni 1867, und wegen Vergehens gegen die §§ 16 und 20 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878, außerdem Schindler des Vergehens gegen §§ 6 und 15 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 angeklagt. Die erste Verhandlung, über welche wir ausführlich berichtet haben, fand am 13. August v. J. vor dem Schöffengericht in Neurode statt, wurde indes verlagert, weil der Gendarm Mose noch als Zeuge gehört werden sollte; im zweiten Termine am 18. September v. J. lautete das Urtheil, nachdem Wegner die Unhaltbarkeit der Klage nachgewiesen hatte, auf Freisprechung beider Angeklagten, Ueberweisung der Kosten auf die Staatskasse, Zurückzahlung der eingezogenen 455 M. an den Schneidermeister August Köhn zu Langenbielau und Rückstattung der Kosten aus der Staatskasse an Wegner für die zweite Reise nach Neurode.

Gegen den 1. Theil dieses Urtheils hatte die Amtsanwaltschaft Berufung eingelegt, indem sie die Uebertretung der Polizei-Verordnung als vorhanden anerkannt und bestraft wissen wollte. Die Verhandlung hierüber fand am 8. November v. J. vor der Strafkammer in Glatz statt und endete nach beinahe 1 1/2 stündiger Dauer, dem Antrage Wegners entsprechend, mit Verwerfung der Berufung und Aufrechterhaltung des Urtheils erster Instanz; dem weiteren Antrage Wegners; ihm auch die Rückstattung der Kosten für die Reise nach Glatz zuzuerkennen, wurde indes nicht stattgegeben.

Beide Urtheile gingen in ihrer Begründung dahin auseinander,

daß der Richter erster Instanz die zur Deckung der Unkosten erhobenen Beiträge „zweifellos als Kollekte“ bezeichnet, die aber deshalb nicht bestraft werden könne, weil durch das Sichgegenüberstehen zweier Regierungsverfügungen ein Irrthum hervorgegangen sei, für welchen die Angeklagten nicht verantwortlich gemacht werden könnten; der zweite aber erklärte: die Erhebung des Eintrittsgeldes im vorliegenden Falle, gleichviel ob beim Eintritt oder beim Austritt erhoben, sei überhaupt nicht als Kollekte zu betrachten. Hierin glaubte die Staatsanwaltschaft einen Rechtsirrtum zu erkennen und meldete deshalb die Revision an, deren Verhandlung am 15. d. M. vor dem königlichen Kammergericht stattfand.

Der Staatsanwalt trat dafür ein, die Revision als begründet zu erachten, das Urtheil der Vorinstanz aufzuheben, die Sache indes nicht in die Vorinstanz zurück zu verweisen, sondern analog des Falles August Köhn gleich hier und zwar auf das niedrigste Strafmaß von 8 M. für jeden Angeklagten zu erkennen. Wegner verteidigte sich selbst, indem er hervorhob, er befände sich in eigenthümlicher Lage, indem er als Jurist hier vor Juristen gewissermaßen nachweisen soll, auf welcher Seite von Juristen im vorliegenden der Rechtsirrtum sei, das könne er als Laie nicht, er wolle sich deshalb auf die Feinheiten des Staatsanwalts in Bezug auf den Begriff „Kollekte“ nicht einlassen, weil derartige Feinheiten, wenn sie einer Verordnung oder Gesetzesbestimmung gegenüber gemacht werden sollen, vom Publikum niemals gemacht werden können und somit jede Handlung, auch wenn der Bestreffende glaubt, im Rahmen vollster Gerechtigkeit gehandelt zu haben, dennoch bestraft werden könnte, er habe aberkannt den Eindruck, als solle im vorliegenden Falle eine Bestrafung unter allen Umständen erfolgen; aus der Revisionsbegründung wolle er nur zwei Punkte herausheben, auf welche die Staatsanwaltschaft sich wesentlich stützt, der eine ist: daß die Staatsanwaltschaft behauptet, jene Sammlung sei deshalb Kollekte, weil die Teilnehmer an der betr. Versammlung nicht vorher gewußt haben sollen, daß dort ein Eintrittsgeld erhoben werden würde, aber gerade diese Behauptung ist um so hinflüchtiger, weil selbst aus den gerichtlichen Feststellungen hervorgeht, daß auf den Plakaten, welche dem Publikum die Versammlung ankündigten, ausdrücklich stand: „Zur Deckung der Unkosten wird ein freiwilliges Entree erhoben“; hierdurch war jede Täuschung ausgeschlossen.

Ein anderes Moment zur Begründung der Revision findet der Staatsanwalt darin, daß beim Ausgange aus der Versammlung gesammelt wurde.

Ja, haben wir das freiwillig so gewählt oder hat uns das, nach unserer Ansicht widerrechtliche, Verbot des Landvorsichters erst dazu gezwungen? So wird uns erst die Grundlage aufzuzeigen, von der aus dann die Anklage erhoben werden kann.

In dem mir vorliegenden Regierungsbescheide vom 6. Februar 1890 heißt es: „Die Erhebung eines Eintrittsgeldes in beliebiger Höhe kann als Kollekte nicht betrachtet, nicht inbegriffen und nicht bestraft werden u. s. w., wenn also die Behörde, von der die in Rede stehende Verordnung ausgegangen ist, sie selbst in der mir vorliegenden Weise interpretirt, so müssen wir diese Interpretation doch wohl als die maßgebende betrachten dürfen, andererseits würde jede Rechtsanhängung und jede Rechtfertigung im Volke vollständig verloren gehen; weiter geht aus der Aussage des Zeugen, früheren Landvorsichters Weiting, hervor, er habe sich zu seinem Verbot der betreffenden Sammlung durch eine Instruktion der königlichen Regierung zu Breslau vom 6. Dezember 1889 veranlaßt gesehen, welche dahin geht, daß jede Sammlung der Sozialdemokraten, gleichviel in welcher Form, unter den Begriff „Kollekte“ fallend verboten werden könnte, wie kommt man dazu? gelten für Sozialdemokraten andere Gesetze als für jeden anderen Staatsbürger? Haben wir nicht die gleichen Satten zu tragen? Wenn diese Instruktion existirt, so halte ich sie für eine ungesetzliche, ich behaupte aber, sie existirt nicht! Denn in dem mir vorliegenden Regierungsbescheide vom 6. Februar 1890 steht ausdrücklich: „Eine dahin zielende Verfügung ist diesseits auch nicht erlassen!“

Und alledem geht hervor, daß wir streng gesetzlich gehandelt haben und wenn nicht alles Rechtsbewußtsein und jede Rechtssicherheit im Volke schwinden soll, auch nicht bestraft werden können, aus diesen Gründen beantrage ich Aufrechterhaltung des vorinstanzlichen Urtheils, dahin gehend: kostenlose Freisprechung u. s. w., worauf das Gericht auch erkannte.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an sämtliche Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands! Kameraden! Wie die Mehrzahl von Euch weiß, ist die Agitationskommission auf dem zweiten Kongress der Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands, welcher vom 8. bis 11. April 1890 in Hannover tagte, beauftragt worden, nach Verlauf eines Jahres einen Kongress sämtlicher Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands einzuberufen. Um nun den Kongressbeschlüssen Rechnung zu tragen, hat die Agitationskommission beschlossen, den diesjährigen Kongress vom 6. bis 9. April abzuhalten und als Ort zur Abhaltung desselben Halle a. E. auszuwählen. Die Kommission hat es zum Wohle unserer und noch fernstehenden Berufsgenossen für dringend und zureichend erachtet, diesen Aufruf schon jetzt so frühzeitig zu erlassen, damit jeden des öftern Gelegenheit gegeben wird, öffentliche Versammlungen einzuberufen, um in denselben zu prüfen, ob ein enger Zusammenschluß aller unserer Berufsgenossen unter der jetzigen Produktionsweise und unter der jetzigen Handhabung der verschiedenen Vereinigsetze zu ihrer eigenen Sicherheit nicht dringend notwendig ist.

- Als Tagesordnung ist in Aussicht genommen:
1. Bericht der Agitationskommission; Abrechnung derselben;
 2. Bericht der Kontrollkommission;
 3. Bericht der Delegirten über die örtlichen Verhältnisse;
 4. die verschiedenen Vereinigsetze und das Koalitionsrecht;
 5. Organisationsfrage;
 6. Organfrage;
 7. Stellungnahme zu den Ausschüssen resp. den Streiks;
 8. das Verhalten der Arbeiter gegen einander in den verschiedenen Branchen;
 9. Anträge aus der Mitte des Kongresses.

Sollten nun von irgend einer Seite Wünsche vorhanden sein, welche sich mit der Tagesordnung nicht decken, jedoch auf dem Kongress erledigt werden sollen, so bitten wir, dieselben in Anträgen formulirt, der Agitationskommission zuzusenden zu wollen, damit dieselben der Tagesordnung einverleibt werden können. Wir bitten aber auch diejenigen Kameraden, welche in späteren öffentlichen Versammlungen aus der Wahl als Delegirte hervorgehen, und über irgend einen Punkt der Tagesordnung das Referat wünschen, dieses dann der Kommission anzugeben.

Deshalb, Kameraden allerorts, wachtet auf das Entree Oethargie, macht Euch frei aus den Euch unstrickenden gegnerischen Banden; bedenkt, daß es nach Tagung des Parleitages, der Gewerkschaftskonferenz und dem nunmehrigen Vorgehen des Kapitals, des Unternehmertums, unantwortlich wäre, noch länger isolirt, den Arbeiterbestrebungen gegenüber sogar feindlich oder gleichgültig dastehen zu wollen.

Darum beruft überall öffentliche Versammlungen ein und wählt die tüchtigsten und tüchtigsten unter Euch zu Delegirten, damit dieselben Euch auf dem Kongress nach allen Seiten hin vertreten. Denjenigen Kameraden aber, die nicht materiell im Stande sind, einen eigenen Delegirten zu entsenden, empfehlen wir, ihr Mandat einem in einer anderen Stadt gewählten Delegirten zuzusenden, mit gleichzeitiger Angabe ihrer örtlichen Verhältnisse, dann können sie versichert sein, daß sie auf dem Kongress vertreten werden, als wenn sie selbst da wären. Nochmals machen wir darauf

aufmerksam, daß die Delegierten in einer öffentlichen Versammlung gewählt werden müssen und nicht in Mitglieds-Versammlungen. In letzterem Falle könnte den Delegierten der Zutritt zum Kongress nicht gewährt werden, um Kollisionen der Vereine mit dem Strafgesetz zu vermeiden.

Zur besonderen Beachtung möge dienen, daß sämtlichen Vertrauensmännern Mandate zugesandt werden und wir ersuchen, dieselben nach erfolgter Wahl der Delegierten gewissenhaft auszufüllen, weil dieselben dem Delegierten nicht nur als Legitimation dienen, sondern gleichzeitig in der gewissenhaftigsten Weise verwertet werden sollen. Alle diejenigen Kameraden, mögen sie auch den entferntesten Gauen Deutschlands angehören, die noch in keiner Weise mit uns in Verbindung gekommen sind, jedoch den Kongress besuchen wollen, bitten wir, sich wegen eines Mandats an die unten verzeichnete Adresse zu wenden.

Kameraden! Thue ein Jeder seine Pflicht, so kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Mit kameradschaftlichem Gruß unterzeichnet
J. A. der Agitationskommission
der Bau- u. gewerblich-Hilfsarbeiter Deutschlands:
L. Lange, Hamburg, Döhlerweg 19, II.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Möbelpolierer! Diejenigen arbeitslosen Verbandskollegen, welche sich Unterstützungsberechtigt glauben, er-

suchen wir, sich von heute ab, Abends zwischen 7 und 8 Uhr, im Arbeitsnachweis der Möbelpolierer, Blumenstraße 88, an Kollegen J. Wolf zu wenden. Empfangsberechtigt sind diejenigen, welche vor dem 12. Januar im Kontrollbuch des Arbeitsvermittlers eingetragen sind. Mitbringen des Verbandsbuches ist unter allen Umständen notwendig. Die Sachkommission des Verbandes der Möbelpolierer.

In der Lampenfabrik von Karl Eckstein, Dresdenstraße 82/83, haben alle dort beschäftigten Arbeiter mit Ausnahme des Hiesers die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter waren mit der Behandlung, die sie gefunden, nicht einverstanden, und es kam zu Auseinandersetzungen mit dem Chef, in deren Verlauf derselbe erklärte, den Arbeitern zur Strafe die Arbeitszeit am Sonnabend um eine Stunde, bis 7 Uhr, zu verlängern. Daraufhin wurde die Arbeit niedergelegt. Die Angelegenheit wird dem Vorstande des Metallarbeiter-Vereins unterbreitet werden. Zugang ist fern-zuhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cassierung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht erteilt.
C. C. 2. 1. Alimente verfahren in 4 Jahren seit Fälligkeit der einzelnen Alimenterate. Der Vormund kann jederzeit bis zum 14. Lebensjahre des Kindes die laufenden und die für die vier letzten Lebensjahre rückständigen Alimente gegen den unech-

lichen Vater einklagen. An Alimenter muß der Vater, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe seines Einkommens zahlen 15 M. bis zum vollendeten 6., und 18 M. von da bis zum vollendeten 14. Lebensjahre des Kindes.

G. D. Der Arbeitgeber hat jederzeit das Recht, eine neue Arbeitsordnung einzuführen und zu erklären, daß Jeder, welcher sich derselben nicht unterwerfen wolle, mit vierzehntägiger Frist gelündigt oder, falls Kündigung vorher vertragsmäßig ausgeschlossen war, sofort entlassen sei. Dagegen läßt sich Nichts machen.

Huppinerstr. Kommen Sie zunächst schriftlich bei dem betreffenden Regiment ein. Sie werden aus der Antwort des Weiteeren erfahren.

F. M., Koloniestr. Nein, solche Frau unterliegt nicht der Altersversicherung.

C. W. Es ist zweifellos, daß Ihre Gefellen dem Alters-Versicherungszwang unterliegen. Verlangen Sie von ihnen, daß sie sich Cautionskarten besorgen, da Sie sonst der Bestrafung unterliegen würden.

R. R. 101. Die Klage ist verjährt. Ansprüche wegen Mängel einer gekauften Sache müssen in 6 Monaten seit der Uebergabe geltend gemacht werden.

G. S. III. Sie unterliegen dem Altersversicherungszwang.

S. Sch. Wenn Jemand auf dem Bürgersteig fällt und nachweist, daß der Hauswirth, weil er seiner Pflicht, das Trottoir frostfrei zu halten, nicht nachgekommen ist, dann hat er, wenn er auch Schuld hat, so muß letzterer für den Schaden haften.

Theater.

Donnerstag, den 20. Januar.
Spernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Der geheime Agent.
Lesung-Theater. Soborn's Ende.
Berliner Theater. Wehe den Besiegten.
Deutsches Theater. Ehrbare Mädchen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Gondoliere.
Wallner-Theater. Adonis.
Residenz-Theater. Der seltsame Toupinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sollakiance-Theater. Die Nachbarninnen.
Ostend-Theater. Kabale und Liebe.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juan.
Thomas-Theater. Drei Paar Schuhe.
Kaufmann's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Mittwoch, den 4. Februar:
Letzte Vorstellung in dieser Saison.

Circus Renz.

Karlstraße.
Heute, Donnerstag, den 20. Januar, Abends 7 Uhr:
Die lustigen Heidelberger
oder: Ein Hindenten-Ausflug mit Hindernissen.
Große Original-Pantomime, neu arrangiert und in Szene gesetzt vom Direktor C. Renz.
Außerdem: Katat, Feuerpferd, dress. und vorgeführt von Herrn Franz Renz, Quadrille de la Grand-Duchesse, geritten von 16 Damen. Beauftragt, hierauf Sophus, geritten von Fräulein Clotilde Hager. Auftr. der Künstler-Spezialitäten Mrs. J. F. Clarke und Rodgers, 6 Gladiatoren. Auftreten der Künstlerinnen Fräulein Adele, Zephora, Min. Brabury und Miss Lillie Neers, der Reiskünstler Herren B. Fildis und Brabury, sowie komische Entrees und Intermezze von sämtlichen Klowns. Morgen Vorstellung.
Sonnabend, den 31. d. M.: Grand solréo equestre zum Benefiz für Herrn Franz Renz.
E. Renz, Direktor.

Unserm Genossen W. Machahn zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Hochstraße wackelt. [267 J]
Die Dreherbörse des Nordens.

Achtung!

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler etc. (E. H. No. 3, Hamburg). Verwaltung Berlin H.
Da in der jetzigen arbeitslosen Zeit der Arbeiter nicht in der Lage ist, das für sein Wohlfinden nötige Bier zu verzehren, so waren wir durch das Verhalten des Gastwirths Mathen, Dienstadtstraße 21, gezwungen, unsere Zählstelle nach Wienerstraße 28 in das Lokal von Schreiber zu verlegen. Beiträge werden dort Sonnabends Abends von 8-10 Uhr angenommen. Die Auszahlung des Krankengeldes findet Sonnabends Abends von 7 bis 9 Uhr Südbenerstraße 22 im Lokale von Hubrig statt. Um weiteste Verbreitung ersucht Die Ortsverwaltung.

Allgemeiner deutscher Sattler-Verein

(Mitgliedschaft Berlin).
Sonnabend, den 31. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Royer, Alte Jakobstr. 88:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag vom Kollegen Maurer.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
4. Fragelasten.
294 Der Vorstand.

Achtung!

Die Namen derjenigen, die noch Listen zur Deckung der Unkosten für die Delegierten aus dem Niederbarnimer Kreise haben, sind folgende:
Paul Höfchen, Justusstraße.
Erik Sänglade, Gräner Weg, Reinickendorf.
E. Schulk, Dreher, Pantow Str. 30.
Leonhardt, Mechaniker, Friedrichshagen.
Wir ersuchen die Genossen, diesen Herren keine Listen zu anzuvertrauen, bis wir an dieser Stelle bekannt gegeben haben, daß die betreffenden Herren ihren Pflichten hier nachgekommen sind.
Die Kommission. [384]
J. A.: Bernh. Lange, Friedrichsberg, Frank. Chaussee 91.

Versammlung

der Freien Vereinigung der Lohgerber und Lederzüricher
Berlins 286 J
am Sonntag, den 1. Februar ev.,
Vormittags 10 1/2 Uhr,
bei Fründt, Weinstraße 11.
Tagesordnung: 1. Der Anschluß an den Zentralverein. 2. Verschiedene Mittheilungen. Der Vorstand.

Zeitungs-Expedition.

Meinen werthen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich am 1. Februar eine Expedition für sämtliche Zeitungen und Zeitschriften eröffne.
W. Gassmann, N. Gesundbrunnen, Gergzierstraße 4b.

Steppdecken!!

größte Auswahl!! am billigsten in Emil Lefevres Fabrik, Berlin, Dranienstr. 158. 85 L
1 Posten Schlafdecken in kleinen reinw. Federn.
Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
Mustr. Preisliste gratis u. franco.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 171
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, II.
Auch Sonn- u. Feiertags geöffnet.

Große öffentliche Volksversammlung für Frauen und Männer

am Freitag, den 30. Januar 1891, Abends 8 Uhr, in der Aktien-Brauerei Ahrens, Moabit.
Tagesordnung:
Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht), Musik und Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vertrauensmann.

Fachverein der Tischler.

Donnerstag, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Orschel's Salon, Sebastianstraße 39:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht des Reudanten; Bericht des Vorstandes, der Delegierten, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers.
2. Wahl des Arbeitsvermittlers.
3. Erfahrungswahl der Werkstatt-Kontrollkommission.
4. Unterstützungsanträge, Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung der Vergolder, Vergolderinnen und Berufsgenossen

am Freitag, den 30. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.
Tagesordnung:
1. Die Organisation der Arbeiter (der 1. Februar 1891). Referent Herr Ewald-Brandenburg. 2. Stellungnahme zur Delegiertenwahl des Central-Krankenkasse. Referent: Kollege Fries. 3. Verschiedenes.
325 Das Agitations-Komitee.

Große öffentl. Schmiede-Versammlung

am Donnerstag, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Rehlitz's Salon, Bergstraße 12.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Buchdruckers Wilhelm Berner über Alters- und Invalidenversorgung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Kollegen aus den Fabriken werden gebeten, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Ein durchaus tüchtiger

Rotations-Maschinenmeister

wird gesucht. Offerten unter H. 121 nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Gardinen-Reste

zu 1-4 Fenst. pass. spottb. in d. Fabrik Grüner Weg 80, part. Eingang vom Flur. [88 L]

Töpfer-Werkzeuge, Dresden, empfiehlt E. Vogtherr, Berlin.

1. Landbergerstr. 64 (a. Alex. Pl.)
2. Stephanstr. 16 (Moabit). [89 L]

Roh-Tabak sämtlicher Sorten.

Größte Auswahl, billigste Preise. G. Elkhuyzen, Münstr 10.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise. Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

E. Küchenspind u. e. Bettstelle zu verl. Palfadenstr. 97, Schoch, Milchgeschäft.

Das Rechts-Bureau

eines königl. preuss. Amtsrichters a. D., Alte Jakobstraße 102, II, ertb. gewissenh. Rath u. Hilfe in allen Angelegenheiten. H. Unbennt. unentgeltlich.

Zwei Vereinszimmer mit Pianinos von 20-30 Personen sind zu vergeben. J. Jezierski, Zimmerstr. 37.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Clara Conrad, Lieder- und Walzer-sängerin.
Jenny Reimann, Koffim-Soubrette.
Max Menzel, Gesangs-komiker.
Mr. Koberstein, Malabarist.
Mc. Lean Brothers, Amerikan. Neger-Centric.
Gebr. Wilms, musikalische Clowns.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Concert. Direktion A. Rodmann.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pf.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pf.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Auschant von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert mit Quartett-Gängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.
Wochentags: Frei-Concert.
Sonntags Entrée 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
708 F. Sottke.

Passage-Panopticum. 100 neue Gruppen und Figuren.

Spezialitäten-Vorstellung.
Entrée 50 Pfennig.
Geöffnet v. 10 Uhr Vorm. v. 11 U. Ab.

Kaiser-Panorama.

Passage 1 Cr., v. 9 M. bis 10 M.
Diese Woche: 1. Reise auf der Insel Rügen. 1. Reise durch Oesterreich, Prag, Salzburg u. 1. Cocl. Baden, Heidelberg, Konstanz u. 1. Reise um die Erde. 1. Cocl. Pariser Weltausstellung. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf., Abonn. 1 M.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Wer.
Heute Abend 7 1/2 Uhr:

Große Vorstellung

mit neuem, vorzüglich gewähltem Programm. Besonders hervorzuheben sind: Auftreten der neuengagierten musikalischen Klowns Gehr. Vernans. Auftreten der neuengagierten Reiskünstlerin Miss Taylor. Das Schulpferd Renard, geritten von Fräulein Adele Schumann. La Perce von Gebrüder Amatis. Corneville-Quadrille, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Nr. Lokal als Jockey.

Circus unter Wasser.

Eine ländl. Hochzeit.

Sensationelle Wasserpantomime. Spezialität: 4 Wassernymphen. Morgen große Vorstellung.

Eine ländliche Hochzeit.

Sonntag, den 1. Februar: 2 Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen.
Circus unter Wasser.

Castan's Panopticum.

Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.
Amazonen-Truppe
a. b. Leibwache des Königs von Dahomen.
Weihnachts-Anstellung.
Damen-Sojelle.
Entrée 50 Pf. Kinder 25 Pf. v. 9 Uhr Morg. bis 10 Uhr Ab.

Matthie's

Elegante Masken-Garderobe, Pringensstraße 15, 2 Tr., empfiehlt seine eleg. sowie komischen Kostüme zu soliden Preisen. Zu Aufführungen für Vereine Kostüme zu billigen Preisen.

Masken-Garderobe

für Herren und Damen. Elegante Kostüme, solide Preise. C. Trolle, Grüner Weg 19, zwischen Kraut- und Moritzstr.

Sinderwagen.

Das gr. Lager Berlin
Andreasstr. 23, S. P.



anderweitige Verteilung zur Auswanderung nach Brasilien stattfindet. Im Uebrigen ist die Staatsregierung angewiesen auf die Anwendung der Belehrung. Es ist unglücklich, welche Leichtgläubigkeit die Leute den Agenten entgegenbringen und mit welchem Mißtrauen sie den Belehrungen der Behörden begegnen. Nicht bloß die Begünstigung der Auswanderung nach Brasilien durch den Papst glauben die Leute, sondern auch daß Prinz Heinrich in Brasilien ein neues Deutsches Reich gründen wolle. (Weiterkeit.) Durch Allerhöchsten Erlaß sind die Behörden angewiesen worden, die Bevölkerung zu warnen vor der Auswanderung nach Brasilien. Das ist durch die Amtsblätter u. s. w. mit großem Erfolge geschehen. Besonders wirksam gewesen ist die Bekanntmachung von Briefen von Auswanderern, welche drüben in Glend gerathen sind und gern zurückkehren möchten. Die zurückgekehrten Auswanderer sind die abschreckendsten Beispiele, sie sind die besten Agenten gegen die Auswanderung. (Sehr richtig.) Es hat gerüchelt, daß in dem Obwiesener Prozeß auch preussische Beamte eine nicht ganz erwünschte Rolle gespielt hätten. Wir haben die Akten eingesehen und es hat sich dieses Gerücht als unbegründet herausgestellt. (Beifall.) Ich bin mit dem Minister des Auswärtigen in Verbindung getreten, um den Senat von Bremen zur strengeren Ausübung der Auswandererpolsizei zu veranlassen. Alles, was die Regierung gethan hat zur Verhinderung der Auswanderung, zur Belehrung der Bevölkerung, sind Palliativmittel, die nicht unbedingt wirken. Aber ein Universalmittel giebt es nicht. Die Organisation der Einwanderung von Polen und die anderweitige Einrichtung der Volksschulen, die als ein Mittel bezeichnet worden sind, würde nur im Interesse der polnischen Fraktion liegen. Helfen kann nur die Thätigkeit Aller, soweit sie dazu beiträgt, die Intelligenz der Bevölkerung zu heben und die Einwohner an ihre Pflichten gegen ihr Vaterland zu erinnern. (Beifall rechts.)

Abg. Cahendy beantragt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Seer (natl.) theilt mit, daß in der polnischen Bevölkerung allgemein der Glaube verbreitet sei, daß in Brasilien ein neues polnisches Reich begründet werden solle, wo jeder Pole fünfzig Morgen Land, ein weißbärdiges Haus und drei Kühe erhalten soll. Das beste Mittel wäre, wenn auf Kosten des Staates einige hundert Auswanderer aus Brasilien in ihre Heimath zurücktransportirt würden.

Abg. Cahendy (Zentrum) bezeichnet es als eine Aufgabe von Vereinen und Privaten, die Auswanderer zu belehren. Er verweist auf die Thätigkeit des Rafael-Bereins, zu dessen Vorstand er gehört, der sich den Schutz von Auswanderern zur Aufgabe gestellt habe. Leider sei die segensreiche Thätigkeit dieses Vereins beeinträchtigt worden dadurch, daß die Gerichte den Verein verfolgt und als gemeinwärtigen Verleüder der Auswanderung betrachtet haben. Es sei sehr erfreulich, wenn von Seiten des Reiches ein Auswanderungsgesetz vorbereitet wird.

Abg. Krende (natl.) verweist auf die Auswanderungsgesetzgebung in England und der Schweiz, die er als nachahmungswürdig für die Ausarbeitung eines deutschen Gesetzes empfiehlt. Die Schweiz und Belgien hätten Auswanderungsbüreau eingerichtet, während wir trotz der großen Auswanderung uns um unsere Auswanderer nicht kümmern. Die meisten anderen Staaten seien in der Lage, ihre Auswanderer an ihre Kolonien abzugeben, könnten sie also ihrem Völkertum erhalten und besteuern sie auch als Abnehmer der heimischen Industrie. Bei uns liegen die Dinge in dieser Hinsicht sehr ungünstig. In Amerika würden die deutschen Auswanderer direkt zu unseren Konkurrenten. Die Auswanderer zögen jährlich 2 1/2 Milliarden aus dem deutschen nationalen Vermögen heraus. Wir könnten leider keine Auswanderer an unsere Kolonien abgeben; er persönlich habe allerdings die Hoffnung, daß es demnächst gelingen werde, einen Theil der deutschen Auswanderer in Ostafrika unterzubringen, wenn dort erst eine Eisenbahn nach dem Klimambicharo gebaut sei, auch nach Südwestafrika. Die geschützten schlimmen Verhältnisse seien nur für Nordbrasilien zutreffend, anders liege das für Südbrasilien mit seinem subtropischen, den Deutschen sehr zuträglichen Klima, wo prosperierende deutsche Kolonien beständen. Diese sollte man weiter berücksichtigen und auch die mächtige Auswanderung dorthin fördern. Die Mißstände, die man heute beklagt, seien mit auf das v. d. Seyditz'sche Reskript zurückzuführen, dessen Ausdehnung auf Südbrasilien auch der Interpellation nicht billigen konnte. In dieser Beziehung werde erst von einem Auswanderungsgesetz Abhilfe zu erwarten sein.

Abg. von Below-Selosse (L.) Auch unter unserer Partei herrscht völlige Einmüthigkeit darüber, daß eine Beschränkung der Auswanderungsfreiheit nicht gewollt wird. Dem Mißstand aber, daß man sich durch Auswanderung der Militärpflicht entziehe und sich, wenn man nach 10, 15 Jahren zurückkehrt, mit fünfzig Thalern loskaufen kann, während die im Lande Gebliebenen dem Vaterlande die schwere Dienstpflicht abgeleistet haben, muß ein Ende gemacht werden. In Beurtheilung des Reskripts theile ich die Auffassung des Vorredners; man sollte den Auswanderungsstrom gerade nach Südbrasilien leiten, anstatt ihn, wie es jetzt geschieht, in die Vereinigten Staaten zu treiben. Blumenau p. B. hat ein Klima wie ein Land mit ewigem Frühling. Gegen die Dummheit zu kämpfen, ist sehr schwer, selbst die Götter sollen dagegen vergebens kämpfen; die Legende von gefangenen Papste in Brasilien ist doch schon in Europa durch das Märchen vom gefangenen Papste im Vatikan vorbereitet worden. (Widerspruch im Zentrum.)

Hienach wird ein Schlußantrag angenommen. Der Gegenstand ist damit erledigt.

Der Antrag des Abg. v. Bülow (Wandbeck) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, welcher die Militärpflicht der preussischen Jagdschneide auch auf den Kreis im Herzogthum Lauenburg ausdehnen will, wird ohne Debatte erledigt. Die zweite Lesung dieses Gesetzentwurfs wird von der heutigen Tagesordnung abgesehen, da die Abgeordneten v. Rauchhaupt und Francke erklären, daß die Frage der Höhe der Jagdschneidegebühr aus der Verbindung mit den Anträgen wegen des Wildschaden-Gesetzes weber losgelöst und gesondert bei dem vorliegenden Gesetzentwurf des Abg. v. Bülow in Angriff genommen werden soll.

Die erste Lesung des Antrages No 17 auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend das Verbot des Privathandels mit Staats-Lotterielososen wird auf brieflichen Wunsch des erkrankten Antragstellers ebenfalls von der Tagesordnung abgesehen.

Namens der Wahlprüfungs-Kommission beantragt der Berichtserstatter Abg. Grimm, die Wahl der Abgg. Diez und Dändelberg (2. Koblenz, Altkirchen-Neuwied) für gültig zu erklären. Der Bericht des Landraths habe ergeben, daß die von einem früheren Protest angefochtene Wahlbezirks-Eintheilung korrekt gewesen, die betreffenden fünf Wahlmänner, deren Stimmen für die Gewählten den Ausschlag gegen die Zentrumskandidaten gegeben haben, als gültig gewählt gewesen seien.

Abg. Frisen (L.) beantragt die Zurückverweisung der Angelegenheit in die Kommission.

Nach Ablehnung des Antrages Frisen werden die beiden Wahlen für gültig erklärt.

Die Abänderung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die sieben älteren Provinzen vom 10. September 1873 wird in dritter Beratung ohne Debatte endgültig angenommen, ebenso die Vorlage betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Köln.

Die Emeritirungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein gelangt in zweiter Beratung unverändert ohne Diskussion zur Annahme.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage betreffend die Abänderung des § 79 des Ausführungsgesetzes vom 24. April 1873 zum deutschen Gerichts-Verfassungsgesetz. (Aussichtsfährender Amtsrichter.)

Minister v. Schelling: Vorgesestern hat hier eine Rede eines Redners im anderen Hause eine scharfe Kritik erfahren;

der Redner hat nach dem stenographischen Bericht am Schluß seiner Rede drei bedauerliche Fälle erwähnt, welche das außerordentliche Verhältnis der Richter betreffen. Diese drei Fälle stehen nicht im Zusammenhang mit Absicht und Zweck des Gesetzes. In den Richterhöfen können sich ebenso wie in andere Stände unheilvolle und untaugliche Elemente einschleichen. Die Vorlage hat mit Disziplinardispositionen der Richter gar nichts zu thun; sie beschneidet sich lediglich damit, daß die Aussicht des aussichtsfährenden Amtsrichters erweitert werden soll. Es scheint ja, daß viele Mitglieder dieses Hauses, welche dem Richterstande angehören, die Vorlage nicht gern sehen; aber ich hoffe, daß die Meinungsverschiedenheiten nicht so groß sind. Auf Nebenpunkte lege ich kein Gewicht; offen ist für mich die Frage, ob die Aussicht widerruflich oder nicht widerruflich übertragen wird. Aber ein Mittelglied zwischen dem Landgerichts-Präsidenten und dem Amtsrichter ist notwendig. Auch der Abg. Windthorst hat seiner Zeit anerkannt, daß in den großen Städten der Landgerichts-Präsident gar keine unmittelbare Wahrnehmung der Dinge hat. Das Bewußtsein der kollegialen Zusammengehörigkeit kann in großen Städten doch nicht zur Geltung kommen. Nun hat ja Herr Windthorst allerdings sofort hinzugefügt, daß er auch bei diesen großen Gerichten keine Präponderanz des aussichtsfährenden Amtsrichters über seine Kollegen haben wolle. Ja, wer den Zweck haben will, muß auch die Mittel wolle. Es handelt sich ja bloß um die Aussicht über die ordnungsmäßige Erledigung der Dienstgeschäfte. Ich würde geneigt sein, für die großen Städte dem aussichtsfährenden Amtsrichter eine äußere Ausdehnung zu Theil werden zu lassen. Die Nachtheile werden durch Vortheile der neuen Einrichtung weit überwogen werden. Die meisten außerpreussischen Staaten Deutschlands sind mit einer ähnlichen Einrichtung längst vorangegangen.

Es melden sich 7 Redner gegen, 5 für die Vorlage.

Abg. Bielefeld (L.): In der Rheinprovinz hat der Entwurf allgemein Mißstimmung erregt. Die Frage ist ja nicht neu; bei der Beratung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes im Reich und bei denjenigen des Ausführungsgesetzes in Preußen ist sie gründlich durchgearbeitet worden. Eine Aussicht bei gleichgestellten Beamten ist jedenfalls ein sehr präkares Mittel. Wir haben keine verlotterten Richter, keine Richter, welche eine derartige intensive Beaufsichtigung brauchen, wie sie Herr v. Holleben im Herrenhause verlangt hat. Ich bitte das Gesetz einer besonderen Kommission zu überweisen.

Abg. Simon v. Jaskrow: Ich empfehle die Annahme der Vorlage, die auf ein ursprünglich hannoversches Gesetz zurückgeht. Im Abgeordnetenhaus wurde 1877 die Aussicht angenommen für die größeren Amtsgerichte, aber leider vom Herrenhause abgelehnt. Jetzt hat die Regierung aus Anregung aus diesem Hause infolge eines Antrages Ditzel-Sinners dem Landtage die Vorlage gebracht, welche das Herrenhaus meiner Ansicht nach durchaus verbessert hat. Man sollte dem Würdigen und wenn es sein kann, dem Ältesten (Nha!) und Heiterkeit links und im Zentrum) — ja, zuweilen kann das Alter nicht entscheiden — die Aussicht übertragen. Ich schlage vor, die Vorlage der um 7 Mitglieder verstärkten Justizkommission zu überweisen.

Abg. Wöhrer beantragt die Ueberweisung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern. In der Justizkommission sitzen zu viel aktiv und passiv beteiligte Personen, welche doch wohl nicht in eigener Sache werden entscheiden wollen. Die Sache mit der Uebernahme einer bewährten hannoverschen Einrichtung stimmt nicht ganz; die bezügliche Bestimmung sei eine reaktionäre Verschlechterung der hannoverschen Justizverfassung unter dem Ministerium Borries und weder Herr Leonhardt noch Herr Windthorst hätten von ihr Gebrauch gemacht. Wenn man erst die Aussicht über die Gerichte mit mehr als 10 Richtern zulasse, würden die Novellen bald kommen, welche diese auch auf die kleineren Gerichte ausdehnen, und deshalb sei es mit Freude zu begrüßen, daß das Herrenhaus sofort die Konsequenz gezogen und die Aussicht für alle mit mehreren Richtern besetzten Gerichte zugelassen habe. Ich betrachte die Vorlage nur als Brücke zu etwas Besseren, und weil ich das Bessere nicht will, sage ich Principiis obsta! (Beifall im Zentrum.)

Regierungskommissar Geheimrer Rath Eichholz: Eine Zusammenstellung derjenigen Amtsrichter und derjenigen Fälle, in welchen Amtsrichter sich Pflichtwidrigkeiten haben zu Schulden kommen lassen, werden wir nicht vorlegen; die Vorlage begründet sich für uns aus den Mängeln der bestehenden Einrichtung, nicht aus den Verkommenen und Personen. Die Justizverwaltung hat gegen den Stand der Amtsrichter einen Vorwurf weder in der Begründung noch bei den Verhandlungen im Herrenhause ausgesprochen worden. Die Einrichtung des Amtsrichterthums hat sich im Ganzen gut bewährt, auch dieser Stand ist von dem Pflichtgefühl befeuert, welches von jeher den Stolz des preussischen Beamtenstandes gebildet hat.

Abg. Kraß (natl.): Herr Dernburg hat im Herrenhause gesagt, das Ansehen der Justiz sei in Preußen im Weichen begriffen, er hat diesen Ausspruch nicht beweisen. In meinem Bezirk habe ich kein Bedürfnis der Verstärkung der Aussicht wahrgenommen, ich würde also gegen die Vorlage stimmen, wenn nicht anderswo die Verhältnisse anders und verbesserungsbedürftig wären. Wenn es freilich so geschieht, wie Herr v. Holleben sagt, der Oberlandesgerichts-Präsident alle 3, der Landgerichts-Präsident alle 4 Jahre die Gerichte revidirt, dann wird die gesetzliche Vorschrift in ihr Gegenheil verkehrt, da doch die Revision durch die Landgerichts-Präsidenten in der Hauptsache wahrgenommen werden soll. Hier sollte durch Aenderung des Reglements nachgeholfen werden; außerdem sollten den Landgerichts-Präsidenten erweiterte Befugnisse der Delegation von speziellen Revidirern gegeben werden. Verfehlungen von Amtsrichtern kommen in den neuerworbenen Landesstellen eigenthümlicherweise vorwiegend bei den Einzelgerichten vor, so daß für diese weit mehr eine vermehrte Aussicht angezeigt wäre. Sie unnötig kann ich aber deshalb die Vorlage nicht halten.

Abg. Gwailina (natl.): Die heutige Frage berührt nicht nur die Amtsrichter, sondern auch auf's Tiefste unsere Rechtsordnung, deren seit 11 Jahren bestehende Form geändert werden soll. An Gründen für die plötzliche Unhaltbarkeit der Zustände ist nichts Greifbares angeführt worden. Weil einer oder der andere Richter sich unliebsam benommen hat? Selbst der Minister sagt, auf diesen Grund sei gar nichts zu geben. Auch die Begründung der Vorlage selbst ist höchst dürftig. Warum fragt man denn gar nicht danach, ob die Amtsrichter, die demnächst mit der Aussicht betraut werden sollen, neue Belastungen noch ertragen können? Im Uebrigen ist zweifelhaft, ob nicht die Einschlebung einer solchen Instanz eine Veränderung des Reichsrechts, des Gerichtsverfassungsgesetzes bedingt. Die metallische Frage spielt hier doch auch sehr mit, da ein besonderes Gehalt für den aussichtsfährenden Richter vorbehalten ist. Es handelt sich um 600 Stellen. Denn das Minimum der Zulage würde doch 300 M. betragen müssen. Auch ich bitte, die Vorlage einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Günther (natl.) spricht sich namens eines Theils seiner Freunde für die Vorlage aus und empfiehlt ihre Vorberatung in einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Brandenburg (Zentrum) spricht gegen das Gesetz.

Abg. Oberhard (natl.) bejaht die Bedürfnisfrage.

Abg. Windthorst: Nach den nicht glücklichen Erörterungen im Herrenhause, in denen ich eine Anklage gegen das Amtsrichterthum erblide, dürfen wir uns auf die Vorlage überhaupt nicht einlassen. Die Erklärung des Kommissars ist so ferner feierlicher Weise und unter Betonung, daß dies mit Genehmigung des Ministers geschieht, beweist, daß man das Bedürfnis gefühlt hat, den Grund der Verhandlungen im Herrenhause abzuschwächen.

Der Gesetzentwurf wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiehen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern Abend bei sehr starker Befragung über die Frage der Maifeier dahin entschieden, daß den Genossen empfohlen werden soll, die Feier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Ein demnächst zu veröffentlichender Aufruf der Fraktion wird die Gründe für ihren Beschluß darlegen. — Ferner beschloß die Fraktion zur zweiten Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle in Rücksicht auf die von der Kommission beschlossenen Strafbestimmungen über Kontraktbruch und Einführung von Bußen, die Aufhebung der Kündigungsfristen zwischen Arbeitern und Unternehmern zu beantragen.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 29. Januar d. J., Nachmittags 5 Uhr. Ein Naturalisationsgesuch. — Vorschläge des Ausschusses für Petitionen, sowie des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten. — Vorlage, betreffend die erfolgte Bauabnahme der Gemeinde-Doppelschule und der einfachen Schule zwischen Geisestraße, Kottbuser Damm und Boeckstraße. — Beschl., betr. die Vergabe eines Platzes zur Aufstellung des Schulz-Belgisch-Denkmal. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die unentgeltliche Beauftragung von Lehrmitteln an die Schüler der hiesigen Gemeindegemeinschaften. — Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungsfachen über 13 Rechnungen, sowie über die Beantwortung der Notizen und Anfragen vom Jahresabschluss der Stadt-Hauptkasse vom 1. April 1888/89. — Beschl., über eine Petition, betr. die Befreiung des an der Kottbuser Brücke befindlichen, zur Entwässerung eines Theiles des Kottbuser Damms dienenden Ausflusshohes, bezw. Regulirung und Kanalisierung des Planufer. — Beschl., über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Errichtung von Wärmestuben. — Vorlage, betr. den Um- bezw. Neubau der Ebertstraße. — Beschl., betr. die Verbreiterung der Gertraudenstraße und der Straße „An Spittelmarkt“, sowie eines Theiles der Breite- und der Schwanenstraße. — Beschl., betr. die Auswahl der im Jahre 1891—92 neu bezw. umzuflasternden Straßen und Plätze. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu eruchen, der Versammlung wegen Bewilligung eines Beitrages zu den Kosten der Erbauung einer Kirche für die Seebalngemeinde auf dem Gartenplatz eine neue Vorlage zugehen zu lassen. — Beschl., betreffend die Theilung des Bezirks der 196. Armenkommission, sowie des Bezirks der 199. Schulkommission. — Beschl., betr. die Wahl eines Vertreters zur Versammlung der Brandenburgischen landwirthschaftlichen Berufsvereinigungen. — Acht Rechnungen. — Eine Unterstützungssache. — Berichterstattung, betr. die Wahl der Beisitzer und Beisitzer-Stellvertreter bei der am 16. Februar dieses Jahres stattfindenden Stadtverordneten-Ergebniswahl.

Lokales.

Es spukt, es spukt! oder das neue Lied vom „Verloffenen — Amtsrichter!“ Ja, ja, es spukt wahrhaftig! Am Beginn der Leipzigerstraße, in dem großen Hause Nr. 3 war's nicht etwa in Hofen; auch Kogen keine Schindelnknochen oder Bretplanen, wie weiland in dem kleinen Dörfchen bei den sagenreichen Kloster Rehm; nein, am helllichten Tage war es als der hochgebende Herr Präsident v. Holleben, der, jählich, an die bis dato kein Mensch geglaubt hat; es waren zwei verlassene Amtsrichter! Schreien und Entsetzen erfaßte einen Theil des hohen Herrenhauses, der solche Erscheinungen für Abergewiss hielt. Der Rechtsprofessor Dernburg und der Kammergerichts-Präsident Drenkmann bemühten sich, die Erscheinung, wenigstens in ihrer Allgemeinheit zu bannen; sie wünschten dieselbe auf zwei verzinnte und nach ihren natürlichen Ursachen noch näher aufzuklärende Vorlesungen zu beschränken. Nicht geringer war die Unbehaglichkeit, welche der Holleben'sche Spuk am Montag in dem hohen Hause der Abgeordneten am anderen Ende der Leipzigerstraße hervorrief. Dort soll nämlich dieser Spuk beschworen werden, aber man will sich die Erscheinung erst etwas genauer ansehen. Damit ist's aber bei den Gespenster-Erscheinungen eine gar üble Sache; entweder verflüchtigt sich der Geist unter solcher kritischer Beobachtung, oder es kommt eine ganz banale Realität zum Vorschein, an der man schwerlich einen Genuß haben wird.

Nun, wir sind, obwohl wir nicht an Gespenster glauben, in diesem Falle doch der Meinung, daß es am Freitag, den 23. Januar im Jahre 1891 post Chritum natum auf dem Grundstücke Berlin, Leipzigerstraße 3, wahr und wahrhaftig gespuht hat.

Wir können unseren Lesern diese sonderbare Geschichte auch ganz ausführlich erzählen:

Hier auf diesem Grundstücke war es, wo vor nunmehr etwa 100 Jahren die erste Dampfmaschine in Berlin aufgestellt wurde und ein großes Triebwerk in Bewegung setzte, das früher mit Pferden bewegt worden war. Für die Geschichte der Kulturentwicklung war diese Stätte also vor 100 Jahren ungleich bedeutender als heute, wo zwei Parlaments-Verbände den Boden bedecken.

Der Geist des Kulturfortschritts, dem dieser Boden geweiht wurde, läßt sich nie ganz unterdrücken. Er taucht immer wieder auf, wählt für seine Erscheinung manchmal recht wunderbare Formen und zuletzt erschien er in der Gestalt des alten Holleben, der die beiden verlassenen Amtsrichter hier an die Oessentlichkeit brachte.

Man fragt vielleicht verwundert: „Was haben die beiden dürftigen Richterseelen mit dem Kulturfortschritt zu thun?“ Nun freilich, wenn das Trinken nicht etwa eine Errungenschaft unserer fortgeschrittenen Kultur ist, nicht viel; aber doch immer etwas. Wer weiß, ob sich nicht der alte Herr v. Holleben geirrt hat. Vielleicht hat er die amtliche Geistesfähigkeit jener Richter, die Produkte freier richterlicher Würdigung waren, für Ausgeburt der Besessenheit gehalten, eine Verwackelung, die heut zu Tage einem alten, ehrenwerthen, preussischen Juristen — und das ist der alte Holleben — dem jungen, überaus treffsamen Juristen-geschlecht gegenüber nach unserer Ueberzeugung äußerst leicht passieren kann.

Herr Professor Dernburg, der in seiner Studierstube doch wohl das Leben und Treiben bei den modernen Richtern gar nicht oder nur sehr oberflächlich kennt, wird keine besondere Beachtung seiner Urtheils in dieser Angelegenheit beanspruchen dürfen. Mit Herrn Drenkmann unterhalten wir uns vielleicht ein anderes Mal. Er muß ja freilich die Verhältnisse genauer kennen.

Aber da fällt uns ein, daß es noch gar nicht lange her ist, daß in einem benachbarten Städtchen ein ganz angesehener Mann wegen Falschgebung eines Amtsrichters verurtheilt wurde. Der Mann hatte behauptet, der Herr Amtsrichter wäre bei der Verhandlung, die vor ihm stattfand, besoffen gewesen; das Gericht stellte fest, daß der betreffende Amtsrichter zu jener Zeit am Vormittag bereits ein beträchtliches Quantum Portwein, um seine Nervosität zu bekämpfen, zu sich genommen hatte und sich in einem Zustande befand, den man mit dem Ausdruck „betrunken“ bezeichnet. Da aber der Mann behauptet hatte, der Amtsrichter wäre besoffen gewesen, so wurde er wegen dieser Belüchtigung in eine empfindliche Strafe verurtheilt.

Nun, ob „betrunken“ oder „befoffen“; aller guten Dinge sind drei und wir haben hier von der Spezies der trunksüchtigen Amtsrichter drei geschichtlich unantastbare Exemplare. Die Wohlthätigkeit ist ja nicht ausgeschlossen, daß diese Spezies viel zahlreicher ist, zumal nach unserer Ueberzeugung sich hinter mancher juristischen Debatte und hinter der richterlichen Unbestimmtheit freier Würdigung sehr wohl ein hohes Maß durch Alkohol künstlich erzeugter geistiger Anregung verbergen kann.

Wie entsteht denn nun die Trunksucht? Niemand wird uns widersprechen, wenn wir behaupten, daß nicht das körperliche Einfließen die Neigung zum Trunk fördern, sondern auch seelische Stimmungen ein Individuum zum Gebrauch von Betäubungsmitteln treiben. Freilich soll das bei einem Richter nicht vorkommen; am allerwenigsten bei dem freien, unabhängigen Amtsrichter. Was treibt diesen Mann zum Becher? Man wird ihn nicht zum Richter machen, wenn über seine Vermögens- oder Familien-Verhältnisse für solch Amt Nachtheiliges bekannt geworden ist. Es müssen also Einflüsse des Amtes sein, welche jene geistige Erregung erzeugen, gegen welche der Becher die angenehmste so wohlthätige und auf die Dauer doch so gefährliche Betäubung und Ruhe bietet. — Ueberarbeitung kann es auch nicht sein. Es wäre doch gar zu toll, wenn auch nur ein einziger Richter in Preußen an Ueberlastung zu Grunde ginge, während über 1800 Assessoren auf Anstellung warten.

Aber da sitzt ein junger Amtsrichter in der kleinen Stadt. Er hat beim Oberlandesgericht Einbildung erhalten in das Getriebe der modernen Justiz; vielleicht war er in Berlin; er hat sie mit durchlebt die Aera der Majestätsbeleidigungs-Prozesse; er kennt die famosen Formulare der Anklagebehörde, jene Formulare, gegen die sich vielleicht sein juristisches Wissen mit Empörung aufbläht; er hat den Gerichtshörsaal beigemohnt; er weiß, wie prompt diese Formulare ihre Schuldigkeit thäten. Er kennt die Mythen der richterlichen Vernehmungszimmer, die schrankenlose freie Würdigung, die weder in ihrer äußeren Gestalt, noch in ihrer sittlichen Wirkung zu unterscheiden ist von der brutalsten Willkür. Er kennt die politischen Prozesse; vielleicht war er unter den zahlreichen jungen Juristen, die den Grafen Henry v. Arnim auf der Anklagebank sahen. — Alle die Gestalten, die in jenem Anklageraum standen, sie ziehen in stiller Stunde an seinem Geiße vorüber; sie müssen im Gefängnis schmachten, zu Unrecht nach der tiefstüchtigen Ueberzeugung des jungen Juristen. Und nun steht er sich umgeben, von strebsamen Kollegen, welche gern und fröhlich die alten ausgetretenen Bahnen wandeln, in denen es sich am leichtesten geht, je weniger Gemüth und gesunder Sinn in Anspruch genommen wird.

Ein Mensch, der es bis zur geistigen Bildung eines Richters gebracht hat, greift nun zum Becher, wenn irgend eine Seite seines Gemüths beständig und erfolglos um Befriedigung mahlt. Ein preussischer Amtsrichter ist doch so gestellt, daß er alle normalen Anforderungen des Gemüths befriedigen kann; vielleicht mit einer Ausnahme: das durch die formale unantastbare Rechtspflege verdeckte sittliche Rechtsbewußtsein! In diesem Sinne verstehen wir vollkommen das typische Bild von dem trunksüchtigen preussischen Amtsrichter! Er ist das drohende Gespenst, das dem Verfall der ehemals so hochgeschätzten altpreussischen Justiz vorausgeht und ihren Verfall ankündigt.

Herr Trenmann, der Präsident des berühmten Berliner Kammergerichts, hält diese Erscheinungen für vereinzelte, die keinen allgemeinen Schluß zulassen.

Stilleht unterhalten wir uns mit ihm einmal gelegentlich über Einzelheiten aus der Justiz, bei denen er persönlich theilhaftig war; es wird uns freuen, wenn dabei sein juristisches Wissen und sein sittliches Bewußtsein so intakt erhalten bleiben, wie man das von dem Präsidenten des Kammergerichts verlangen kann.

Unter Bezugnahme auf die Krankengesetz-Novelle

erhalten wir von einem gewissen Kassenarzt folgende Zuschrift: Die gegenwärtige Gesetzgebung ist demnach, das Zwangs-Kassenwesen auf Kosten der freien Hilfskassen immer weiter auszubauen, obgleich dadurch die Segnungen des ganzen Krankenlaster-Gesetzes immer mehr insoweit werden, denn seit Menschengedenken war es so und vorwiegend wird es stets so bleiben, daß der Kranke sich nach dem Arzt sehnt, zu dem er Vertrauen hat, und den er nach eigener Wahl an sein Krankenbett ruft. Und jeder, der einmal krank war, weiß, daß das Erscheinen des Arztes, den man kennt, ein besänftigendes Wort von ihm, wenn man dem Arzte voll und ganz vertraut, den Kranken beruhigt, ja oft schon halb gesund macht. Und dies ist der Vorzug der freien Hilfskassen, daß die erkrankten Mitglieder sich einen Arzt frei wählen dürfen, mit dem schon vorher eine niedrigere Taxe durch den Vorstand vereinbart wurde. Bei den Kreis-Krankenkassen Berlins wird dem Kranken ein ganz bestimmter Arzt aufgetragen, gleichgültig, ob er dem Kranken sympathisch ist oder nicht, woraus sich die große Abneigung, um nicht zu sagen Widerwillen, der Arbeiter gegen die Gewerks-Kassenärzte erklärt. Daher kommt auch die oft wunderbare Erscheinung, daß der Gewerksarzt nur zum Zwecke der Ausstellung des Krankenscheines besucht wird, seine Medizin weggeschoben, und für das Krankengeld ein Arzt, zu dem der Kranke Vertrauen hat, herangezogen wird. Wo bleibt denn der Segen des Gesetzes? Statt die freien Hilfskassen zu bedrängen, sollte die Gesetzgebung von ihnen lernen und auch ihren Modus der freien Arztwahl bei vorher vereinbarten billigen Taxen einführen. Da hin sollten die Arbeiter streuen, und ihre Wünsche dem Reichstag ausdrücken, welche ja gehört werden müssen, da sie ja die zunächst Beteiligten sind.

Der Herr Doktor hat ganz recht; an Bestrebungen seitens der Arbeiter und der Kassenmitglieder der freien Hilfskassen fehlt es nicht und hat es nicht gefehlt. Aber von den Herren Ärzten konnte einmal ein gewichtiges Wort gesprochen werden. Die freie Arztwahl ist keineswegs bloß, von der verschiedenen Beschäftigung der einzelnen Ärzte ganz abgesehen, eine Sache der Willkür des Kranken, sie hat ethische und auch medizinische Bedeutung. Gerade diese letzteren Punkte könnten am besten von den Ärzten besprochen werden. Wenn die Herren es ernst nehmen mit ihrem ärztlichen Beruf, so sollten sie sich petitionierend an den Reichstag wenden, damit die freie Wahl des Arztes jedem Kassenmitgliede gesichert wird. Die Gewerksärzte der Zwangskassen sind eine bei den Kassenmitgliedern sehr wenig beliebte Einrichtung.

Geld frukt nicht, wie der Lateiner in deutscher Uebersetzung sagt, d. h. der Ursprung des Geldes ist Nebensache, das Geld ist die Hauptsache, und dies wird genommen, woher man es nur immer erlangen kann. Daher kennt die Prostitution des Kapitals keine Grenzen, und nichts erscheint zu gering, als daß nicht eine „Gesellschaft“ zusammensteht zur gründlichsten Ausbeutung des resp. Geschäftes oder Artikels. Daß also auch die Massenarmuth der Berliner Bevölkerung verhalten muß, kann demnach sogleich nicht Wunder nehmen, und daß die Spekulation auf die Massenarmuth gar kein ables Geschäft ist, das wird ersichtlich aus einer Mittheilung der „Vossischen Zeitung“, welche also berichtet:

Die Volkstafel- und Speisestellen-Gesellschaft eröffnete am 27. Januar 1889 in der Niederwallstr. 31. ihre erste Halle.

Wie schon der Name besagt, ist diese Gesellschaft ein Konfession von Geldmännern, welche zwar den bekannten Wohlthätigkeit, Wohlgeheiß- und Sittlichkeitsbedeutungstheorien huldigen, aber dessenungeachtet ein alltägliches Privatunternehmen ist, das vermöge seiner zur Verfügung stehenden Geldmittel selbst von der Armuth zu profitieren versteht und auch zu diesem Zwecke vorhanden ist, denn in der gedachten Mittheilung, die gleichsam als ein Hochschulbericht an die Herren „Interessenten“ zu betrachten ist, heißt es: „Die Preise und Leistungen (der Speisen und Getränke) sind so bemessen, daß eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals stattfinden kann.“ — Man hat es hier also mit einem Konkurrenzunternehmen der Frau Lina Morgen-

stern zu thun, dessen Uebersturz in die Taschen der „Gesellschaft“ schiebt. Und daß diese „mäßige“ Verzinsung des Anlagekapitals eine ausreichende ist, darf nicht angenommen werden, denn es ist zu unwahrscheinlich, daß irgend ein „Geldmann“ sein „sauer erworbenes“ Kapital in ein Unternehmen hineinstecken sollte, das sich nicht rentirt. Wir sagen eben, daß die Spekulation auf die Massenarmuth gar kein ables Geschäft sei, und wird dies durch das vorliegende Beispiel zur Genüge bewiesen. Denn die Gesellschaft hat bisher nur einen Versuch gemacht, um zu sehen, wie das Ding gehe — und siehe da, die Gründung hat sich glänzend bewährt, denn in dem Berichte heißt es:

Schon die Erfahrungen des ersten Betriebjahres veranlassen die Gesellschaft, ein Grundstück anzukaufen, um auf demselben einen Neubau für ihre Zwecke aufzuführen, der so weit vorgeschritten ist, daß die Gründung im April erfolgen kann.

Da muß die Gesellschaft doch riesige Geschäfte gemacht haben, daß sie schon nach zwei Jahren sich genüthigt sieht, ihr Geschäft in noch weit größerem Maßstabe zu betreiben. Interessant und lehrreich sind die Zahlen, welche in dem Berichte vorgeführt werden. Betrachtet man diese Zahlen etwas näher. Nach dem Berichte wurden im zweiten Betriebjahre verkauft: 306 587 Tassen Kaffee, 98 809 Gläser Milch und Buttermilch, 211 Tassen Thee zu je 5 Pf., 7897 Tassen Chokolade, 2299 Tassen Fleischbrühe, 1094 Satten saure Milch zu je 10 Pf.; an sonstigen Getränken wurden umgesetzt 17 410 Seidel (0,4 Liter) Bier a 10 Pf., 89 758 Seidel (0,2 Liter) Bier a 5 Pf., 8284 Flaschen Weisbier a 10 Pf., 2083 Gläser Apfelwein a 5 Pf. Im Vergleich mit dem Vorjahre wurden 24 500 Getränke, darunter 18 000 Tassen Kaffee, mehr umgesetzt. Im Gebäd betrug der Umsatz: 137 781 trockene Brötchen und Schrippen zu 2 1/2 Pf., 103 296 geschnittene Brötchen zu 5 Pf. und 18 017 belegte Brötchen zu 10 Pf., ferner 98 290 Stücke Kuchen. An warmem Essen wurden Mittags 102 882 Portionen zu 30, 20, 10 Pf., wobei die halben Portionen a 20 Pf. die Hauptrolle spielen, an Abendessen 61 442 Portionen zu Preisen von 25—5 Pf. verabreicht. Wenn man aus dieser Zusammenstellung ersieht, daß die billigsten Speisen und Getränke die gangbarsten waren — siehe die Zahlen unter Kaffee, Milch und Thee a 5 Pf., die Seidel Bier a 5 Pf., die trockenen Brötchen a 2 1/2 Pf., die halben Mittagportionen, die Abendportionen bis zu 5 Pf. — so wird Jeder zugeben müssen, daß es nur „armes Volk“ ist, das die Räume der Volkstafel- und Speisestellen-Gesellschaft bevölkert, aus der diese ihren Nutzen zieht. Und da die Leistungen mit den Preisen in Einklang gebracht sind, so daß eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals stattfinden kann, so wird uns Jeder Recht geben müssen, wenn wir auch hier behaupten, was wir schon gelegentlich der Besprechung der Volkstafel behauptet haben, daß auch die Volkstafel- und Speisestellen-Gesellschaft ein Gradmesser der herrschenden Massenarmuth ist. Daher möchten wir die hier vorgeführten Zahlen in Verbindung mit denen der Volkstafel, des Asyls für Obdachlose, des städtischen Obdachs, der Armenverwaltung etc., allen denen, die in der letzten denkwürdigen Stadtverordneten-Versammlung einen herrschenden Nothstand in Abrede stellten, insbesondere auch Herrn Professor Birchow, zum eindringlichsten Studium empfehlen, vielleicht werden sie anderer Ansicht!

Der vom 8. bis 11. Dezember hier tagende Kongreß der freien Hilfskassen

solte auf Grund landesrechtlicher Bestimmungen zugelassen, beschloß Herr Geh. Rath Prof. Koch eine Anerkennung für seine unermüdeten Forschungen zuzukommen zu lassen. Der Berliner Vollkommmission wurde es übertragen, nachdem diese Adresse fertig gestellt, dem Herrn Prof. Koch dieselbe zu übermitteln, und wählte diese Kommission die Herren Nag, Böhm und Köppen, um die Adresse am 24. Dezember 1890 Herrn Prof. Koch zu überreichen. Prof. Koch hat durch folgendes Schreiben seinen Dank für die Adresse ausgesprochen: Berlin N.W., Bräunellstr. 39, den 25. Dezember 1890. Herrn Otto Köppen, Neue Gränitz 93, Berlin C. Hochgeachteter Herr! Die von Hilfskassen-Kongreß mir gewidmete und von den Herren Beauftragten des Kongresses übergebene Adresse hat mich hoch erfreut. Eine Anerkennung aus den Kreisen derer, welche am meisten unter den Verwundungen der ankündenden Krankheiten zu leiden haben und die, wie ich zuversichtlich hoffe, auch den größten Nutzen von den gegen diese Gefahren der Menschheit gerichteten Bestrebungen der medizinischen Wissenschaft haben werden, ist für mich besonders wertvoll und ich darf Sie wohl bitten, den beiden anderen Herren Beauftragten des Kongresses, sowie diesem letzteren selbst meinen herzlichsten Dank zu übermitteln. Mit größter Hochachtung ergebe ich mich, R. Koch.

Das Sozialistengesetz wirkt weiter!

Man schreibt uns: In Kassel wurde mir im Jahre 1887 eine Anzahl verbotener Schriften, welche sich in je einem Exemplar in meinem Besitz befanden, konfisziert. Eine sofortige Reklamation war damals ohne Erfolg. Ich versuchte eine solche jetzt noch einmal und erhielt folgenden Bescheid:

Kassel, den 30. Dezember 1890. Auf den Antrag vom 21. d. M. erwidere ich Ihnen unter Bezugnahme auf das diesseitige Schreiben vom 30. September 1887 — Nr. 19 601 — daß die Rückgabe der auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 beschlagnahmten, von Ihnen hier eingeführten verbotenen Druckschriften auch jetzt abgelehnt wird.

Der Königliche Polizei-Direktor, Name unleserlich.

Bei der Ueberbringung dieses Bescheides schien dem betreffenden Beamten daran gelegen, meine Arbeitsstätte ausfindig zu machen, was auch während des Sozialistengesetzes sehr beliebt war. Er erkundigte sich unter der Angabe, er müßte diesen Brief persönlich an mich abgeben, nach meiner Werkstatt, jedoch wurde demselben von meiner Wittin ein ablehnender Bescheid zu Theil. Den Brief persönlich an mich abzugeben, hätte der Ueberbringer in meiner Wohnung zwei Stunden später Gelegenheit gehabt, der Brief war indeß, ohne daß sich der Ueberbringer noch einmal bei mir erkundigte, bei meinem Hauswirth abgegeben worden.

Ob gegen obigen Bescheid eine Beschwerde an das Ministerium des Innern Erfolg haben würde?

Wir würden allerdings zu einer Beschwerde rathen. Einzelne Exemplare verbotener Schriften, die sich im Privatbesitz befinden, hätten überhaupt nicht konfisziert werden können, es wäre aber jedenfalls wichtig, die Frage entschieden zu sehen, ob die auf Grund des Sozialistengesetzes beschlagnahmten Schriften auch jetzt noch zurückgeholt werden können.

Im Artilleriedepot zu Spandau ist jetzt eine Anzahl durchschnittlich 60 bis 70 Jahre alter Arbeiter entlassen und durch billiger arbeitende Frauen ersetzt worden. Die von dieser Maßregel betroffenen Leute sind, nach dem „A. d. S.“, meist Arbeiterinvaliden, welche anderweitig nur schwer Beschäftigung finden. Im Artilleriedepot bestand ihre Arbeit im Reinigen der Gewehre. Früher wurden hierzu fast ausschließlich aktive Soldaten herangezogen. Nachdem der Reichstag für das Etatsjahr 1890/91 auf Antrag der Regierung die nöthigen Geldmittel bewilligt hatte, sind die Zivilarbeiter eingestellt worden, welche nun jezt billigeren Arbeitskräften Platz machen müssen. Auch eine Sozialreform.

Manche Leute haben's doch gar zu schwer an der Welt!

Sie müssen sich den ganzen Tag quälen und können keine vernünftige Mahlzeit zu sich nehmen; es fehlt ihnen bald hier, bald da; sie sähen sich oft so hundeelend, daß sie nicht arbeiten können, nur ein Organ ihres sterblichen Menschen ist allezeit in guter Verfassung, nämlich der Geldbeutel. Ein solches Exemplar unserer demittelendwerthen Daseinsgenossen schildert uns ein guter Freund:

Am 18. Januar ging ich zwischen 6 bis 7 Uhr Abends in den Rathhaus-Keller um mich etwas zu erholen und ein Glas Bier zu trinken. Ich ließ mich an einem Tische nieder wo bereits

ein Herr saß. Derselbe ließ sich Mebreres austrogen, als jedoch von Allem nur wenig, so daß es mir schien, als ob er keinen Appetit habe. Als er seine Rechnung beglich, betrug dieselbe zwölf Mark; er bezahlte und entsetzte sich. — Ich wunderte mich über den hohen Betrag, und fragte den Wirth, was der Herr sich denn eigentlich habe anfragen lassen? Ich erhielt die Antwort: Zwei Tugend Auster, eine Flasche Wein, eine Portion Braten, eine Portion Entenbraten, Weichspeise, Kaffee, Sülz und echtes Bier. —

Man sieht, was so ein Mensch für Mähe hat sich zu füttern. Würde nicht der mangelhafte Appetit sich vielleicht gehoben haben, wenn dieser sich für einige Mark beföhigt hätte und den Rest des Betrages zum Besten Nothleidender, an denen doch jetzt kein Mangel ist, verwendet hätte?

Wir stimmen dem Briefschreiber völlig zu. Die großartigen Gastereien, die gegenwärtig in der „Cafion“ stattfinden und bei denen kolossale Summen vertrunken, verspielt und auf andere Weise verjubelt werden, stehen in seltsamem Gegensatz zu den 70 000 Arbeitslosen unserer Stadt, welche meist die Weißheit dieser Weltordnung nicht begreifen können, monach einige wenige Klassen nur zum Vergnügen auf der Welt sind, während andere zur Freud- und Arbeitslosigkeit mit all ihren Schreien verurtheilt sind. —

Fromme Silblätchen werden von einem Genossen zugeseht.

Das „evangelische Sonntagblatt“ bringt in seiner Weltanschauung vom 8.-9. Januar folgende Sätze:

„Troppau. In dem Dreifaltigkeitsschiffe“ in Polnisch-Ostria fand am 3. Januar eine Entzündung schlagender Wetter statt, bei welcher mehr als 50 Personen zu Tode gekommen sind. Der liebe Heiland tröste die armen Wittwen und Waisen.“

Dies ist gewiß sehr praktisch, dem Heiland die Tröstung zu überlassen; da braucht man wenigstens keine Unfallversicherung.

Aber mit solchem fromm-bemirten Tadel begnügt sich das Blättchen nicht. Es schreibt dann weiter:

„Auf einem in der Schweiz abgehaltenen Sozialdemokraten-Kongreß wurde mal wieder die Abschaffung alles persönlichen Eigenthums durch Revolution beschlossen. Kein Wunder, einer der Herren Beschlußfasser, ein gewisser Melatesta wird wegen gemeiner Verbrechen von der Polizei gesucht. Solcher Gesellschaft sehen solche Beschlüsse ähnlich.“

In Lissabon beschloß ein von 800 Vertretern der Arbeiter-syndikate besuchter Kongreß, am 1. Mai dieses Jahres nicht zu arbeiten. Wird wohl ebenso kommen wie bei uns: Wenn der erste Mai da ist, bummeln einige Frau p e l z e herum, während die ehrlichen Arbeiter zufrieden sind, daß ihnen Gott der Herr zu schaffen giebt.“

Jedes Wort der Widerlegung wäre eine unverdiente Ehre gegen das fromme Rhinoceros von Verfasser. Das ist christliche Liebe, Sanftmuth, Demuth und — der Teufel mag die Tugenden dieser augenverdrehenden Frömmeler alle kennen. Als verantwortlicher Redakteur des Blattes ist ein Pastor C. verzeichnet. Der fromme Mann hält vermuthlich gegen gutes Gehalt alle acht Tage seine Predigt; arbeitet also ungefähr soviel, wie mancher unserer Genossen nebenbei, der wöchentlich neben seiner täglichen Beschäftigung einen oder einige Vorträge hält. Und solch ein augenverdrehter Herr darf sich herausnehmen, zielbewußte Arbeiter in dieser pöbelhaften Weise zu beschimpfen! Man sieht, wie der fromme Tadel auf die guten Sitten wirkt. Darum sei die nette Silblätche hiermit etwas niedriger gehängt.

Die Leiden eines Lehrmädchens schildert uns Luise H.

Dieselbe war vom 1. Dezember 1890 bis zum 25. Januar d. J. in Delikatessengeschäft von Kose, Chausseest. 108, beschäftigt. Zunächst machte das Mädchen die Erfahrung, daß es wohl als Botin vermandt wurde und als solche viele und weite Gänge zu besorgen hatte, aber zur Erlernung des Geschäftsbetriebes selten zugezogen wurde. Als Entschädigung für die mühseligen Dienstleistungen wurde dem armen Mädchen zwar kein Gehalt — doch aber Schlafstunde und „Essen“ gewährt. Dafür mußte es von Morgens 1/8 bis 10 Uhr Nachts auf den Beinen sein. Obgleich das Mädchen in einer Delikatesshandlung diente, war das Essen, welches zuweilen aus den alten Beständen des Schaufensters entnommen wurde, nichts weniger als delikates. So wurde eines Tages ein Hase aufgetischt, der viele Tage als Bierde des Schaufensters gedient und daher mehr als den üblichen „Wohlgerech“ angenommen hatte. Weil das Lehrmädchen sich weigerte, die Speise zu verzehren, ordnete der Herr Chef, welcher gern Tyrann zu spielen scheint, eine Strafarbeit an. Trotz der Behandlung, welche die Geschäftsgehilfin zu erdulden hatte, gedachte dieselbe doch, das vereinbarte Jahrgeld auszuhalten. Am vorigen Sonntag ereignete sich jedoch ein Austritt, welcher das Mädchen zwang, dem Geschäft fern zu bleiben. Der Vorfall ist geeignet, den Lesern zu zeigen, in welcher Weise Angestellte behandelt werden. An dem betreffenden Tage erhielt das Lehrmädchen den Auftrag, eine Kiste Käse aus der Kronenstraße zu holen. Auf das schlechte Wetter und den weiten Weg hinzuweisend, bat das Mädchen um 10 Pf. Fahrgehd. Als Antwort auf das Gesuch wurde sie anherordenlich grob behandelt, und schließlich von dem Geschäftsinhaber und einem seiner Freunde auf die Straße gestoßen.

Die Zahl der Ehescheidungen in Berlin ist nach Ausweis des statistischen Jahrbuches Jahr aus Jahr ein, eine sehr große.

Die letzten Erhebungen nach dieser Richtung hin erstrecken sich über das Jahr 1888 und zeigen, daß in diesem Jahre 740 Ehen gelöst worden sind. Unter den Gründen der Scheidung figurirt in erster Stelle Ehebruch und zwar in 129 Fällen auf Seiten des Mannes und in 92 Fällen auf Seiten der Frau. In 141 Fällen lag böswilliges Verlassen auf Seiten des Mannes, in 68 auf Seiten der Frau. Mißhandlungen und Beleidigungen gaben in 86 Fällen Anlaß zur Scheidung. Trunksucht dagegen nur in zwei Fällen. 25 Mal wurde die Ehetrennung wegen gerichtlicher Verurtheilung eines der beiden Ehegatten ausgesprochen, zwölfmal war unüberwindliche Abneigung der Grund und in 165 Fällen lag gegenseitige Einwilligung vor. Die Gesamtzahl der Ehescheidungen stellt 8,2 pro Tausend aller vorhandenen Ehen dar. Das höchste Maß der Ehescheidungen fällt auf das Alter zwischen dreißig und vierzig Jahren. In 128 Fällen war der Mann jünger als die Frau, in einem Falle sogar 23 Jahre jünger. In fünf Fällen hatte die Ehe noch nicht einmal eine einjährige Dauer gehabt, bei 22 hatte sie ein bis zwei Jahre, bei 49 zwei bis drei Jahre gedauert, die statistische Tabelle verzeichnet aber 34 Fälle der Ehescheidungen nach mehr als 20 jähriger Ehe, darunter zwei nach 36 jähriger, einer nach 37 jähriger Ehe. Von den geschiedenen Ehen waren 894 kinderlos, 164 mit einem Kinde, 89 mit zwei, 57 mit drei, 21 mit 4, 10 mit fünf, 2 mit sechs, 1 mit sieben und 2 mit acht Kindern.

Die Urbanstrafe, welche nach der Fertigstellung ihrer Ver-

längerung auf das Rixdorfer Gebiet hinaus die Weichbildgrenze zwischen Rixdorf und Berlin noch mehr verwischt, als dies bisher schon der Fall war, hat nach Beendigung der Strafenomlage eine lebhafteste Bauhätigkeit in jener Gegend und besonders einen lebhaften Verkehr im Grundstücksverkehr hervorgerufen. Im kommenden Frühjahr dürfte nicht bloß auf dem Berliner, sondern auch auf dem noch höher angelegten Rixdorfer Theil der Strafe eine lebhafteste Bauhätigkeit beginnen. Die Besitzer der neuen Häuser an jener Strafe in der Nähe der Erziehungsanstalt haben dieselbe ausnahmslos mit kleinen Wohnungen eingerichtet, da diese sich am leichtesten und preiswerth in der doch immer noch sehr abgelegenen Gegend vermiethen. Einige dieser Gebäude weisen nicht weniger als 120 selbständige Wohnungen auf; solche Häuser umfassen Haupt- und Quergebäude, sowie Seitenflügel auf zwei Höfen. Rechnet man, daß in jeder dieser Wohnungen nur fünf Personen wohnen werden, eine Hiffer, die bei den gegenwärtigen Wohnungsverhältnissen eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, so ergibt sich für ein solch einzelnes Haus eine Einwohnerzahl von rund 600 Köpfen, was der Bevölkerung

Versammlungen.

Gewerbliche Hilfsarbeiter.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter, welche am 26. Januar c. stattfand, hielt der Regierungsbaumeister a. D. Kessler einen Vortrag über: „Die Ursachen der heutigen Nothlage der Arbeiter“. Redner schilderte in eingehender Weise den Nothstand, wie er zur Zeit unter den Weibern des Gegendebirges und Thüringens herrscht. In früheren Zeiten, als das Maschinenwesen noch nicht so entwickelt war, habe man einen derartigen Nothstand nicht gekannt. Heute ist es ihnen, die sie meist als Hausindustrielle arbeiten, unmöglich, gegen die Konkurrenz der Fabriken auszukommen; das Material kostet ihnen mehr, als man für das vollständige Produkt, welches in der Fabrik hergestellt ist, zu zahlen hat. So ist seit den vierziger Jahren ein Handwerk nach dem anderen zu Grunde gegangen, aufgegeben von der mit der Dampfkraft arbeitenden Großindustrie. Schlechter noch wie die Lage des Arbeiters ist die der Arbeiterin; wenn sie sich tagsüber abgeplagt hat, muß sie meistens noch die Wirtschaft besorgen. Der Kapitalist bekümmert sich nicht um ihre traurige Lage; sie kann sich ja einen Nebenverdienst schaffen. So weist der Redner eines sehr abgerundeten Berliner Stadtliefers, die zu ihm kommenden Weinreisenden auf die bei ihm angestellten Damen (Kassiererinnen) hin mit dem Bemerkens, dieselben verdienen monatlich 45 M. und würden gern bereit sein, mit verdienenden monatlich 45 M. und würden gern bereit sein, mit ihm, den Reisenden, zu speisen. — Das Elend an einem Orte wirkt nicht isolierend auf die Verhältnisse des ganzen Landes und noch weiter zurück. Innerhalb des heutigen, auf der Selbstsucht aufgebauten Staats- und Wirtschaftslebens giebt es kein Mittel, die Noth zu beseitigen. Aus diesem Elend kommen wir nur heraus, wenn wir eine Gesellschaft auf wahrhaft moralischer Grundlage errichten und dies ist die sozialistische. Ob wir das gelobte Land erreichen, müssen wir durch eine Wüste wandern, auf welcher Wanderung wir uns befinden. Um auf dieser Wanderung nicht umzukommen, müssen wir agilitieren, ausdauernd wirken und uns organisieren. Die Unzufriedenheit haben wir in die Kreise der Indifferenten zu tragen; sie ist der erste Schritt zur Besserung. (Lebhafte Beifall.) An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner. Unter „Verschiedenem“ wurde ein Antrag angenommen, wonach sich die Anwesenden verpflichten, mit aller Energie für die „Volks-Tribüne“ zu agitieren.

Der Verein der Klavierarbeiter und Berufsgenossen hielt am 19. d. M. eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Das Lokal war bis in die äußerste Ecke von Kollegen gefüllt. Sehr viele mußten gedrängt stehen. Die Tagesordnung war: 1. Vortrag des Herrn Baumeister Kessler über: „Welches ist die zweckmäßigste Organisation in unserem Berufe — Zentral- oder Lokal-Organisation? 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Der Vortragende schilderte die heutige Wirtschaftsweise. Ganze Berufe verschwinden, werden durch die Maschinenwelt ausgerottet, z. B. die Weber. Die Behelingsindustrie wird schwachhaft betrieben. Es werden immer mehr Lehrlinge angenommen, ohne Rücksicht auf die Nachfrage nach der Waare. Es sind eben billige Arbeitskräfte. Der Arbeiter, welcher weiter nichts besitzt, als seine Arbeitskraft, kann diese nicht aufbewahren; er ist gezwungen, sie auf den Markt zu bringen, und da das Angebot ein weit größeres als die Nachfrage, muß er sie für jeden Preis verkaufen, auch wenn er seine Gesundheit, sein Leben dafür opfert. Ein wesentlicher Faktor, um den Arbeiter gründlich auszunutzen, ist die Konkurrenz. Wenn es einen Teufel gäbe, so hätte der Teufel sie erfunden. Die Arbeiter eröffnen gegeneinander eine ungeheure Konkurrenz. Es wird gesucht, so viel wie möglich zu verdienen und dabei geschuftet und geragt ohne Rücksicht auf die Gesundheit und die der Mitarbeiter. Die Gelegenheit war, um von Zeit zu Zeit einen derben Abzug am Preis zu machen. Redner schilderte nun die Entschungen der Arbeiterorganisationen und den Zweck derselben, sowie die gesetzlichen und behördlichen Beschränkungen, welche den Fachvereinen auferlegt sind. Redner meint, daß er sich einem Fachverein, welcher politischen Erörterungen aus dem Wege geht, nicht anschließen könnte. Dies sei in der Zentralisation der Fall. Den lokalen Fachvereinen ist es bis jetzt gestattet, politische Vorträge, Erörterungen u. s. w. zu halten; jedoch ist es bei zentralisierten Vereinen für den Arbeiter verboten. Bei den Innungen ist dies freilich anders. Dem Unternehmer wird es gestattet, wenn sie sich zentralisiert haben, in ihren Vereinen Politik, z. B. bei den Wahlen zu treiben. Das Unternehmertum zentralisiert sich jetzt auch mit aller Macht; dem gegenüber müssen sich die Arbeiter auch zentralisieren, um dem Kapital einen Damm entgegen zu stellen. Jedoch wollen und müssen wir Politik in den Fachvereinen treiben. Es muß eine Zentralorganisation geschaffen werden, welche dies ermöglicht. Redner empfiehlt, daß die Vereinigungen der Klavierarbeiter, wenn sie sich stark genug fühlen, sich so organisieren, d. h. zentralisieren, daß in öffentlichen Versammlungen ein Ausschuss und Vertrauensmänner gewählt werden, ähnlich wie bei der sozialdemokratischen Partei. (Lebhafte Beifall.) An der Diskussion beteiligte sich Kollege Sparfeld. Derselbe ist mit dem Vorschlag des Referenten einverstanden und führt aus, daß doch Bildung und Auffklärung in jeder Sache zu verbreiten die Hauptaufgabe der Fachvereine sein muß und daß sich dies viel besser und vorteilhafter ausführen läßt bei einer kleineren Zahl Öber, als bei einer kompakten Masse von Tausenden. Daß die Tischler verlangen, der Klavierarbeiter-Verein solle sich zu Gunsten des Fachvereins der Tischler auflösen, hält er für falsch und ist der Meinung, daß sich die Zahl der Indifferenten nur vermehren würde. Ferner kritisiert der Kollege das Verhalten der Tischler auf dem Kongress in Hannover und verurtheilt die dort angenommene Resolution betreffend das Anstreben einer zehn- und neunstündigen Arbeitszeit. Der Kongress hat sich auf einen anderen Standpunkt gestellt mit der Annahme dieser Resolution, als der Parteilag in Halle. Redner meint, daß die Tischlerkongresse seit den letzten Jahren sehr viel Ähnlichkeit mit den Kongressen der Innungen haben und sich wohl nur dem Namen nach von ihnen unterscheiden. (???) Kollege Kohn führt an, daß der heutige Vortrag den Zweck haben sollte, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich über Organisationsfragen zu unterrichten. Es werden noch Vorträge folgen, welche eine andere Richtung in der Organisationsfrage empfehlen. Kollege Kohn kritisiert das Verhalten der Tischler bei Joel, wie die Delegierten nach Hannover gewählt wurden. Er ist der Meinung, wenn die Fachvereine offener und mehr solidarisch gegen die kleinen Branchenvereine gehandelt hätten, so hätte sich bei diesen alles besser realisieren lassen. Herr Kessler spricht zum Schluss noch seine Meinung dahin aus, daß es bei den Organisationen nicht auf großes Hohlmaterial ankomme, sondern auf den Projektionsfall. Freilich wäre es richtig, wenn ein Lehrer wenig Schüler lieber hat, als recht viel; doch müssen sie auch den Anforderungen genügen. In Fachvereinen soll ein fester Stamm geschaffen werden, welcher die Indifferenten belehren soll. —

Der Vorsitzende macht bekannt, daß bei dem letzten Kommerz eine noch gute Zigarrenschmiede mit Monogrammen gefunden worden ist. Der Vertreter möge

sich melden. Ferner sind beim Kassierer Paul Willeis zur Theater-Vorstellung in der „Arania“ zu haben. Ferner macht der Vorsitzende noch unseren am 31. Januar bei Wuggenhagen stattfindenden Maskenball bekannt. Willeis sind noch bei Winger, Restaurant, Naunynstr. 78, zu haben.

Eine ordentliche Generalversammlung des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins tagte am Montag, den 25. d. M. Kollege Hartmann erstattete den Bericht des Vorstandes, indem er zunächst darauf hinwies, daß die Thätigkeit des Vorstandes im verfloffenen Halbjahre unter den Nachwehen des 1. Mai und der zum Schlusse hereinbrechenden Krise eine bei weitem schwierigere war, als je vorher. Es haben im ganzen 33 Versammlungen, von denen 4 nicht tagen konnten, eine der politischen Auflösung verlor, und 27 Vorstandssitzungen stattgefunden, an Reise-Unterstützungen wurden 85 M. gezahlt und 567 Mitglieder aufgenommen. Der genaue Mitgliederbestand läßt sich zur Zeit nicht angeben, da jetzt eine Umschreibung stattfindet, jedoch soviel steht fest, daß die hohe Zahl von vorigen Jahre (ca. 8000) bei weitem nicht mehr haben. Dieses kommt daher, daß sich viele Kollegen vor dem 1. Mai aufnehmen ließen, um Unterstützung zu erlangen, und dann, da ihre Erwartungen nicht in vollem Maße eintrafen, wieder abtraten, die jetzt dem Verein noch angehörigen Mitglieder seien aber diejenigen, auf die man sich auf alle Fälle verlassen könne. Mehrere kleine Arbeitseinstellungen machten die Einwirkung des Vorstandes resp. der Fachkommissionen erforderlich. In der Angelegenheit von Ballmann u. Co., welche in der letzten beschließenden Versammlung dem Vorstand überwiesen wurde, ist letzterer nach Unterhandlung mit dem Fabrikanten zu der Erkenntnis gelangt, daß, wenn die Kollegen den schon oft gefaßten Beschlüssen nachkommen an den Vorstand heranzutreten wären, die Arbeitseinstellung sehr wohl vermieden worden wäre, Unterstützung daher nicht geleistet werden könne. Kollege Wegener pflichtet den letzten Ausführungen bei und fragt dann an, wie weit es mit der Statistik und dem gedruckten Rechenschaftsbericht wäre. In Betreff der ersten wird ihm erwidert, daß dieselbe in einem Umfange unternommen ist, dem wir nicht gewachsen waren und deshalb jetzt, da schon eine geraume Zeit verstrichen ist, mit außerordentlichem Bewußtsein bearbeitet werden muß. Die Arbeit liegt in den Händen des Kollegen Gerisch, der sie in nächster Zeit fertiggestellt haben wird. In Bezug auf den Rechenschaftsbericht erwidert Kollege Hartmann, daß der Vorstand beschloß hat, vorläufig davon Abstand zu nehmen, da wir bei der schwebenden Frage des Zusammenschlusses sämtlicher Metallarbeiter nicht den Anschein erwecken wollen, als ob wir uns in den Vordergrund drängen wollten.

Kollege Klein erstattet sodann den Kassierenbericht für das Vierteljahr Oktober-Dezember. Einnahme pro Quartal 1530,11 M., Ausgabe 1090,70 M., Bestand am 1. Januar 1891 489,41 M. Ferner liefert Kollege Klein die Abrechnung vom 1. Mai: Gesamte auf Listen 2945,86 M., Ueberschuß vom Siemens'schen Streik 2085,54, vom Allgemeinen Metallarbeiter-Verein 2050 M., von Arbeitern aller Branchen Berlins 1028,15 M., von Stettin 91,25 M., Summa 6798,80 M. Veräußerung an Unterführungen 8440,40 M., Unkosten an Druckfachen, Anzeigen, Gerichtslosten 223,20 M., Summa 6783,60 M., Bestand 35,20 M. Für die Hamburger Aufgebühren sind auf Listen gesammelt 798,85 M., abgehandelt an den Vertrauensmann Segler in Fürth 800 M. Sämtliche Abrechnungen wurden von den Kassieren für richtig erklärt und dem Referenten, Kollege Klein, auf ihren Antrag Decharge erteilt. Im Anschluß an das günstige Resultat der Abrechnungen weist Kollege Klein darauf hin, daß der Verein seit seinem Bestehen trotz der niedrigen Monatsbeiträge für Gemeinnützigkeit aus eigenen Mitteln 6080 Mark aufgewendet hat und sich daher jeder anderen Organisation würdig zur Seite stellen kann.

Zu Punkt 3: Neuwahl des Vorstandes, liegt ein Antrag des Vorstandes vor, den bisherigen Vorstand noch so lange im Amte zu lassen, bis die Frage des Zusammenschlusses der Metallarbeiter resp. Auflösung sämtlicher Fachvereine endgültig entschieden sei, um dadurch zu dokumentieren, daß wir der neu zu gründenden Vereinigung jedes Opfer zu bringen bereit sind. Wir können das umso mehr, da auch selbst, wenn wir in Folge des gegen uns herrschenden Mißtrauens auch unser Verein auflösen müssen, wir doch die Genugthuung haben, daß der neuen Organisation dasselbe Prinzip zu Grunde liegt, welches wir zwei Jahre hindurch energisch vertheidigt haben. Dieser Antrag wird angenommen. Es werden jedoch dem seit dem 12. d. Mts. in Kraft getretenen Statut gemäß der Kollege Köhler zum Kassierer für den Süden und Kollege David als Beisitzer gewählt. Die Abrechnung vom Stichtag konnte wegen vieler mit Willeis rückständiger Kollegen nicht gegeben werden und wurde deshalb zur beschließenden Versammlung verschoben. Unter Verschiedenem gelangten mehrere Anträge von weniger allgemeinem Interesse zur Erledigung. Ferner wurde Kollegen Gerisch auf seinen Antrag ein achtstündiger Urlaub bewilligt. Darauf schloß Kollege Hartmann mit einigen ermunternden Worten zur regen Agitation die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Eisen- und Metallarbeiter tagte unter Vorsitz des Kollegen Wegener. Kollege Wachaght erstattete in trefflicher Weise Bericht vom Provinzialtag. In Sachen der Organisationsfrage wünscht Redner die Meinung der Mitglieder zu hören. In der Diskussion führte Kollege Mittmann an, daß die Gründung des Vereins der Bedenke einer Zentralisation nicht außer Acht gelassen sei. Kollege Reibold erläuterte in eingehender Weise die Beschlüsse der Delegierten, führte weiter an, wie sich die Organisation der Metallarbeiter-Union gestalten werde. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Eisen- und Metallarbeiter erklärt sich mit den Beschlüssen des Provinzialtages — der Provinzen Brandenburg und Pommern — einverstanden. Als Vertrauensmann wurde Kollege Maier gewählt. Zu Verschiedenem fordert Kollege Wittmann die unorganisierten Kollegen auf, sich einer Vereinigung anzuschließen. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung.

Der „Freie Denker“ hatte zum 25. Januar eine Versammlung einberufen, die unter Leitung des Genossen E. Dariusch stattfand. Regierungsbaumeister Kessler sprach über: „Die Sagen der nordischen Völker“ und erntete großen Beifall. Unter Verschiedenem brachte Genosse Nech nochmals den Verkauf sinniger Fleisches zur Sprache. — Die Genossen Benada, Keller, Schaar, Schulz, Ooal und der Referent beleuchteten in scharfen Ausführungen das Verhalten der Stadtverordneten und der kommunalverordneten dem arbeitenden Volk gegenüber. Ein Antrag, den Ueberschuß der Zellersammlung dem Parteivorstand zu überweisen, wurde einstimmig angenommen, ebenso folgende Resolution: Die heutige Versammlung verurtheilt das Vorgehen der Stadtverordneten Virchow und Vangerhaus, welche den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Petition der Arbeitslosen stellten, da angenommen werden muß, daß die betreffenden beiden Herren aus Arbeiterfeindlichkeit so gehandelt haben. Mit einem Hoch schloß der Vorsitzende die wiederum stark besuchte Versammlung, an welche sich gefälliges Zusammensein und Tanz schloß.

Eine imposante Volksversammlung, die auch von Frauen zahlreich besucht war, tagte am Montag Abend im Saale der Buchbrauerei. Den Vorsitz führte Genosse Wilschke; das Referat hielt Wilhelm Werner über die bekannte Richter'sche Broschüre: „Die Urtreue der Sozialdemokratie.“ Punkt für Punkt wies der Redner die vollständige Unhaltbarkeit der Richter'schen Ausführungen nach. Alle die Vorkommnisse der letzten Zeit, besonders die Vorgänge im Stadtverordneten-Kollegium hätten zur Genüge dargelegt, daß die arbeitende Bevölkerung von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten hätte; kein Wunder also, wenn die Sozialdemokratie immer gewaltiger anschwellte. Die ungeheure Zunahme unserer Partei sei gerade ein Zeichen dafür, daß die Lehren des Herrn Richter irrig seien, und was vollends die Frage anbetreffe, wie denn der Zukunftsstaat eingerichtet werden solle, so müsse Herrn Richter die Antwort zu Theil werden, daß auch noch Niemand gewußt habe, wie nach dem Untergang der feudalen Gesellschaftsordnung die heutige aussehe würde. Durch nichts dürfte man sich abhalten lassen, die Ideen der Sozialdemokratie immer mehr und immer mehr zu verbreiten. Was unter dem dreizehnjährigen Martyrium des Sozialistengesetzes möglich gewesen sei, jetzt müsse es ganz gelingen: die Aushebung der Knechtschaft des arbeitenden Volkes, die Erringung einer glücklichen Zukunft für die gesamte Menschheit. (Lebhafte Beifall.) Der Vorsitzende forderte etwa anwesende Gegner auf, sich über die Ausführungen Werners zu äußern. Es war dies jedoch nicht der Fall und da sich auch von unseren Genossen Niemand zum Worte meldete, war auch der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt. Die noch vorzunehmende Wahl von Revisoren wurde von der Tagesordnung abgesetzt aus Gründen, die Genosse Kleinert der Versammlung mittheilte. Folgende Resolution wurde gegen die Stimme eines fernstehenden Kellners angenommen: Die heutige öffentliche Volksversammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt, daß die „Urtreue über die Sozialdemokratie von Richter“ vom Standpunkt eines Mandatsträgers mit beschränktem Verständnis verfaßt sind.

Ferner erklärt die Versammlung, daß die Ansichten Richters über die Sozialdemokratie irrig sind. — Genosse Wilschke macht der Versammlung noch folgende Mittheilung: Durch ein Versehen des Vorstandes des Vereins Arbeiter-Bildungsschule sei die Versammlung ebenfalls für Montag Abend einberufen worden; da es aber nicht im Interesse der Partei liegen könne, in einem Wahlkreis zwei Versammlungen an einem Abende zu veranstalten, so müsse streng darauf geachtet werden, daß mit dem betreffenden Vertrauensmann erst Rücksprache genommen werde. Infolge dessen findet auch die geplante Versammlung der Arbeiter-Bildungsschule erst am Montag, den 2. Februar d. J. statt. Zum Schluss fordert der Vorsitzende noch zum Beitritt in den Wahlkreis für den 2. Wahlkreis auf und schließt dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Zu der am 18. d. M. stattgefundenen öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen am dem Red., einberufen vom „Vereins „Karl Marx“ sprach Genosse Hübsch über: „Welche Pflichten hat der Staat und welche Rechte das Volk?“ Er schilderte eingehend die heutigen Verhältnisse. Die Versammlung der Arbeiterlosen ist ein großes Spiegelbild der heutigen Zustände. Es sind unbedingt Reformen zu schaffen, das Volk muß einen Druck auf die Gesetzgebung ausüben. Gegen die Fülle, welche sämtliche Nahrungsmittel, die das Volk unbedingt gebraucht, vertheuern, muß entschieden Front gemacht werden. Die größte Aufgabe des heutigen Staats besteht darin zu glänzen, viel Militär, neue Gewehre zu besitzen u. s. w. Wird etwas für's Volk verlangt, heißt es: „Es sind keine Mittel da.“ Mägen doch die unmühen Ausgaben einschränken. Der Staat ist eine Organisation des Volkes und kann nur durch dasselbe erhalten werden. Nur durch die Arbeit wird Wohlstand gefördert, kann das Getriebe des Staats in Bewegung gesetzt werden. Bei dem Arbeiterschutz-Gesetz ist sehr wenig für uns herausgekommen. Wer zum Streik auffordert, wird gerichtlich als Expresser bestraft. Haben wir uns von der Feudalherrenschaft losgemacht, so müssen wir jetzt unsere ganze Kraft einsetzen gegen den Druck des Kapitals. Eine endgültige Besserung werden wir nur dadurch erzielen, daß das Volk selbst die Produktion in die Hand nimmt. Wie die Industrie den Arbeiter ausbeutet, so ruinirt der Groß-Grundbesitz den Kleinbauern, bis dieser nach und nach zum Lohnarbeiter herabsinkt. Unsere Ziele sind darauf gerichtet das ganze Volk, nicht Einzelne eristenzfähig zu machen. Alles durch das Volk, und Alles für das Volk. In der Diskussion schlossen sich die Genossen Treubner, Heberich, Klei den Ansichten des Referenten an. Letztere übten scharfe Kritik an der Fortschrittspartei. Im Schlusswort ermahnt der Referent die Anwesenden zu zahlreichem Beitritt zu der Arbeiter-Bildungsschule. Im Verschiedenem wendet sich Frau Mann mit einem warmen Appell an die Frauen, den Männern in diesen Kämpfen treu zur Seite zu stehen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung drückt ihre Mißbilligung über das Verhalten der Majorität der Reichstags-Abgeordneten aus, welche gegen die Ermäßigung der Lebensmittelpreise stimmten, spricht denselben das Recht ab sich Volksvertreter zu nennen. Die Versammlung fordert die regierenden Gewalten auf, nach den Naturrechten (?) Red.) zu handeln, das Privateigentum von Grund und Boden zum Wohle der Nation als Gemeingut zu erklären und sofort die nächsten Schritte hierzu vorzunehmen, damit das Elend des Volkes sowie die daraus entstehenden Krankheiten ausgerottet werden.“

Die Versammlung erklärt ferner, mit aller Macht für die Ideen des Gemeinwohls, wie für sämtliche sozialistischen Ideen zu agitieren und für Auffklärung des Volkes Sorge zu tragen, damit in dem zukünftig zu wählenden Reichstag eine Majorität vorhanden ist, welche Gesetze schafft, die der Menschheit würdig und dem Zeitgeist angepaßt sind.“

Eine vom „Vereins „Karl Marx“ einberufene öffentliche Versammlung für Männer und Frauen fand am 25. Januar statt, in welcher Herr Peus einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Moral und Auffklärung“ hielt. Er kam zu dem Schluss: Der Gegensatz zwischen Reich und Arm ist die Festbeule, die aus der Welt muß. Moral und Unmoral ist wie Gesundheit und Krankheit. Kämpfen wir um die moralische Gesundheit, durch Kampf beschleunigen wir diesen Prozeß.

Vergolder. Am Montag, den 19. Januar, fand die Generalversammlung der Pilsenerer statt. Der Kassierer verlas den Quartalsbericht. Einnahme 925,05 M., Ausgabe 903,92 M., Rest 21,13 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Der Vorsitzende gab den Bericht über die abgesetzten Unterführungsarbeiten. Der Schriftführer gab den Rechenschaftsbericht, sowie das Jahresprotokoll des Arbeitsschweiss-Bureaus. Gemeldet von Seiten der Arbeiter 150 Stellen. 25 Versilberer, 85 Polirer, 74 Vergolder, 2 Firnisser, 11 Berufsgenossen. Von Seiten der Arbeitnehmer gemeldet 199, 54 Versilberer, 84 Polirer, 109 Vergolder, 2 Berufsgenossen. Erledigt 49 Stellen und zwar: 10 Versilberer, 7 Polirer, 31 Vergolder, 1 Berufsgenosse. Das ungünstige Verhältniß entpringt dem Grunde, daß die Nachsuchenden, wenn sie befriedigt sind, es nicht der Mühe werth halten, das Arbeits-

